Sezundpreis:

Für den Monat November 400.- M., voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinprovinz sowie Österreich und Luxemburg 400.- M. für das übrige Ausland 450.- M. ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292-293
Verlag: Dönhoff 2506-2507

Sonnabend, den 11. November 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Volltextkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diktoria-Druckerei, Teplitzstraße Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:
Die einseitige Kopierbeilage kostet 50.- M. ...
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

„Große“ oder „Minderheitskoalition“?
Ein demokratisches Wirtschaftsprogramm.

Die gestrigen Mitteilungen des „Vorwärts“ über die Koalitionserweiterungspläne der Arbeitsgemeinschaft und über die Rede des Herrn Stinnes im Reichswirtschaftsrat werden von der ganzen Presse lebhaft erörtert. Die „Voss. Ztg.“ bezeichnet unsere dem „Soz. Parlamentsdienst“ entnommene Meldung über die bürgerlichen Koalitionswünsche als falsch, fügt aber sofort hinzu, man halte es allerdings in den einzelnen Parteien für wünschenswert, daß der Kanzler bis zum Dienstag, dem Tag der großen Aussprache im Reichstag, mit seinen Vorbereitungen zur Umgestaltung des Kabinetts fertig werde.

An sich wäre dieses Verlangen gar nicht aufregend. Die Sozialdemokratische Partei sieht ja auch nicht auf dem Standpunkt, daß alles bleiben müsse, wie es ist, insbesondere daß der Posten des Außenministers unbelegt bleiben müsse. Die Personenfrage tritt für sie hinter die sachliche Frage vollkommen zurück. Diese geht aber dahin, welche Politik die Regierung künftig zu treiben gedenkt.

Wenn wir uns entschieden gegen die Beeinflussung der Regierungspolitik durch Stinnes und seine Leute ausgesprochen haben, so geschah das nicht deshalb, weil uns die Namen und die Gesichter nicht gefallen, sondern weil wir glauben, daß ihre Politik für das Reich verderblich ist. Diese Leute betrachten alle Dinge der Welt aus der Perspektive ihrer eigenen Interessen, womit nicht gesagt sein soll, daß sie aus Geldgier bemüht die Interessen des deutschen Volkes schädigen wollen. Aber sie sind so sehr von unsozialem Herrenbewußtsein, so sehr von dem Gedanken durchdrungen: „Der Staat sind wir!“, daß sie die Interessen ihrer eigenen großen Unternehmungen ohne weiteres mit den Reichsinteressen identifizieren und aus diesem Gesichtspunkt heraus alle politischen Dinge schieb leben. Eine derartige einseitige Beeinflussung des Staats im Sinne des Großkapitalismus zu bekämpfen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Herr Stinnes soll nun die Veröffentlichung seiner Rede im Wortlaut beabsichtigen. Wir können jetzt schon voraussagen, daß diese Veröffentlichung unsere Behauptung in ihrem Kern bestätigen, daß sie zeigen wird, wie sehr dieser mächtige Wirtschaftsmagnat jener Politik der Regierung, die in der zweiten Rote der Regierung an die Reparationskommission angekündigt wird, widerstrebt. Da wir dieser Politik unsere Zustimmung erteilt haben, müssen wir den Sakramentale von ihr zurück auf den Standpunkt der Regierung zu dem Zwecke, jenem Standpunkt Konzessionen zu machen, würde logischerweise ohne die Sozialdemokratie vorgehen werden müssen.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat nun, wie der „Soz. Parlamentsdienst“ zu melden weiß, gestern beschlossen, dem Reichskanzler ein Wirtschaftsprogramm zu überreichen und ihm gegenüber gleichzeitig das erste Verlangen nach Verwirklichung der großen Koalition bis Dienstag zum Ausdruck zu bringen. Aber den Inhalt des demokratischen Wirtschaftsprogramms berichtet die genannte Korrespondenz folgendes:

In dem Wirtschaftsprogramm wird zunächst eine aktive Handelsbilanz gefordert, da nur dadurch eine Besserung der

wirtschaftlichen Verhältnisse möglich erscheine. Es müsse ein Versuch gemacht werden zur Herbeiführung besserer Verhältnisse durch Schaffung eines Provisoriums, und zwar: Mehrjähriges Provisorium für Verzinsungen und Sachlieferungen, Stabilisierung der Mark durch eine Stützungsaktion mit Hilfe ausreichender ausländischer Kredite und unter Mitwirkung der Reichsbank. Weiter werden internationale Kredite zur Stärkung des Produktionskapitals für notwendig erachtet.

Eine Steigerung des Ruhelohns der wirtschaftlichen Arbeit soll durch Arbeitsentlohnung nach der Arbeitsleistung, ferner durch stärkere Differenzierung der Löhne zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern erreicht werden. Gleichzeitig wird die Förderung des Soziallohnes unter Schaffung von Ausgleichskassen für soziale Zulagen bei verheirateten Arbeitern gewünscht und eine Ausdehnung auf das Beamtenverhältnis gefordert. Außerdem verlangt die demokratische Fraktion eine Intensivierung der Arbeit und Zulassung der freien Vereinbarung über Verlängerung der Arbeitszeit gemäß den Erfordernissen der Wirtschaft bei der bevorstehenden geschäftlichen Festlegung des Achtstundentages. Die Bestimmungen über Betriebsstilllegungen und Arbeitsfreudung sollen aufgehoben, die Erwerbslosenunterstützung in eine Arbeitslosenversicherung umgewandelt werden.

Ein zielbewusster Abbau jeder Zwangswirtschaft, auch für Getreide im Inland, ebenso für die Mietbewirtschaftung und die Unterlassung jedes Eingriffs in die Privatwirtschaft auf dem Wege der Notverordnung werden als weitere Forderung aufgestellt.

Ein allgemeines Finanzprogramm, das auf die Kosten aus dem Verfall der Beträge, auf die Balancierung des Haushalts, die Steigerung der Produktion und die Stabilisierung der Mark Bezug nimmt, soll von der Regierung in Kürze vorbereitet werden. Gefordert wird u. a. noch als finanzpolitische Maßnahme die Zulassung ausländischer Zahlungsmittel nach dem Bedarf der deutschen Volkswirtschaft.

Man sieht diesem Programm auf den ersten Blick an, daß es stark von dem tatsächlichen Gesichtspunkt beeinflusst ist, eine mögliche Annäherung an die Volkspartei zu erzielen. In entsprechendem Maß vergrößert sich auch der Abstand von der Sozialdemokratie. Man kann nach alledem nicht annehmen, daß der „Tag“ schlecht unterrichtet ist, wenn er schreibt:

Würde die Sozialdemokratie auch jetzt die Bildung der großen Koalition zu verhindern suchen, so würde zunächst der Plan einer Minderheitskoalition wieder akut werden.

Die Reichspolitik hat seit bald vier Jahren im wesentlichen auf der Koalition zwischen Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten beruht. Daß das Zwischenspiel der „Minderheitskoalition“, an der auch die Volkspartei beteiligt war, dem Reich zu großem Segen gereicht hat, wird, soweit wir sehen, nirgends behauptet. Nach unserer Auffassung war das Ergebnis so schlecht, daß bei einer Wiederholung des Experiments auf eine wohlwollende Neutralität der Sozialdemokratie nicht gerechnet werden könnte. Die Politik der „Arbeitsgemeinschaft“ treibt aber mit großer Konsequenz dahin, an Stelle der erstrebten „großen“ eine „Minderheitskoalition“ in Erscheinung treten zu lassen, die dann ihre Sorgen allein tragen mag.

Industrielle Marktentwertung.
Profit oder Gemeinnütze?

Alle Gutachten der ausländischen Sachverständigen, von denen wir das letzte in seinem Hauptinhalt an anderer Stelle veröffentlicht, stimmen in dem einen Gedanken überein, Deutschland müsse alle seine Kräfte anspannen, um das Währungsloch zu bekämpfen. Selbsthilfe und Selbstvertrauen seien die Voraussetzung für die Hilfe des Auslandes. Prüft man nach diesen Gesichtspunkten die Stellungnahme der Parteien zu dem dringenden Problem der deutschen Politik, so findet man in den kapitalistisch orientierten Parteien eine auffallende Kühle, ja sogar eine deutliche Abneigung gegen die Marktstabilisierung unter Einsetzung der Mittel, die Deutschland zur Verfügung stehen und deren Einsetzung auch die ausländischen Sachverständigen verlangen.

Kennzeichnend für diese Auffassung ist ein Artikel der „Kreuz-Zeitung“: „Falsche Weichenstellung“. Er mahnt, man dürfe für die Marktstabilisierung unter keinen Umständen das Gold der Reichsbank verwenden. Da aber nach der einmütigen Auffassung aller ausländischen Sachverständigen und auch eines großen Teils der deutschen uninteressierten Sachverständigen die Heranziehung des Goldschatzes der Reichsbank die Voraussetzung für die Hilfe des Auslandes ist, so gefährdet eine solche Stellungnahme die Marktstabilisierung. Sie zerstört das Vertrauen des In- und Auslandes zur Mark, fördert also die Kräfte, denen der Niedergang der Mark nicht unerwünscht ist, wirkt also der Marktstabilisierung überhaupt entgegen.

Unsere gestrigen Mitteilungen über das Auftreten von Stinnes im Reichswirtschaftsrat und gegenüber den ausländischen Sachverständigen haben begrifflicherweise bei einem erheblichen Teil der Presse Unwillen hervorgerufen. Man wirft uns Vertrauensbruch vor und bezieht sich auf frühere Vorfälle, bei denen wir einen solchen Vertrauensbruch scharf kritisiert haben. Will aber jemand bestreiten, daß für die verfassungsmäßig festgelegte Verantwortlichkeit der Verhandlungen des auswärtigen Ausschusses des Reichstags eine andere Beurteilung beansprucht werden darf als für die nachträglich zum persönlichen Schutz von Stinnes beschlossene Vertraulichkeit? Hier war doch nur die Furcht maßgebend, Äußerungen, die Stinnes und die deutsche Schwerindustrie nicht gern öffentlich vertreten möchten, einer breiteren Öffentlichkeit vorzuenthalten. Im übrigen hat Herr Stinnes seine Freundschaft gegen die Marktstabilisierung und den Achtstundentag bereits so häufig dargelegt, daß nur noch die Form und der Zeitpunkt seiner jetzigen Rede ihre Bedeutung verlieren haben. Die Dementis machen deshalb nur einen schwachen Versuch, unsere beiden Behauptungen, Stinnes sei Gegner der Marktstabilisierung und des Achtstundentages, zu bestreiten.

Soweit der Achtstundentag in Frage kommt, ist ja überhaupt nichts dementiert worden. Vielmehr wurde bestätigt, daß Herr Stinnes, dessen größte Leistung in der Schuldenaufnahme besteht, und der deshalb ein persönliches Interesse an einem möglichst niedrigen Markstande hat, von den Arbeitern verlangt, daß sie durch eine längere Arbeitszeit, also durch vermehrte Ausbeutung, ihm dabei helfen. Denn darüber gibt es unter ernsthaften Sachverständigen gar keine Meinungsverschiedenheit, daß die von Herrn Stinnes verlangte unerschöpfliche Ausbeutung der Arbeitszeit auf zehn Stunden volkswirtschaftlich nur Schaden hervorrufen kann, wenn sie vielleicht auch einzelnen Kapitalisten persönliche Vorteile verschafft.

Im übrigen ist es außerordentlich interessant, daß nach Mitteilungen des „Berliner Tageblatts“ die Reparationskommission schon vor unserem Artikel die Quertreibereien gewisser, einseitig wirtschaftlich orientierter Kreise in Deutschland sehr genau beobachtet. In der gestrigen Abendausgabe fügt das Blatt bei der Wiedergabe der Dementis von Herrn Stinnes hinzu, „daß die Haltung der Stinnes-Presse den Eindruck erwecken muß, als ob die Industrie kein großes Interesse an der Marktstabilisierung habe“. Noch deutlicher ist übrigens der schwerindustrielle „Tag“. Er schreibt in einer Polemik gegen uns:

„Wir wollen gar nicht bestreiten, daß einzelne Industrielle, die an der Stabilisierung kein eigenes Geschäftsinteresse nehmen, sich in der Frage aktiv indifferent oder ablehnend verhalten. Das wird die öffentliche Meinung gewiß nicht billigen und deshalb mit Befriedigung sich an die maßgebliche Erklärung des Reichsverbandes der deutschen Industrie halten, daß ein fester Markt wert auch im Interesse unserer industriellen Erzeugung dringend zu wünschen sei.“

Hier wird also ausdrücklich zugegeben, daß einzelne Industrielle der Marktstabilisierung indifferent und ablehnend gegenüberstehen. Es sind dies aber nicht nur rein geschäftlich orientierte Persönlichkeiten, sondern auch solche, die die Politik als Mittel zur Förderung ihres Geschäftes betrachten. Wenn der „Tag“ in diesem Zusammenhang die letzte Erklärung des Reichsverbandes der deutschen Industrie als Beweisstück verwendet, so ist das nur möglich unter größlicher Entstellung seines Inhalts. Nach dem Bericht der T. hat nämlich der Reichsverband sich nicht für einen festen

Moskaus Stipendiaten.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt: Die deutschen Rosigänger der russischen Sowjetregierung brauchen doch mehr für ihren Unterhalt und Lebenswandel in der freien deutschen Republik, als sich mancher biedere Republikaner gedacht hat. Doch die Sowjetfiskale in Deutschland von Moskau rege unterstützt wird, war bisher keine Neuigkeit, offen blieb immer nur die Frage, wie hoch diese Unterstützungen sind. Der Zufall gestattete uns Einblick in den Rechnungsbuch der Zentrale der R.P.D. in Berlin. Da ist zu lesen: Ausgabe für den Monat August 23 750 000 M.; Zuschuß aus Moskau 30 000 000 M.; Für den Monat September 50 250 000 M.; Zuschuß aus Moskau 47 500 000 M.! Es verbleibt also aus den hohen russischen „Zuwendungen“ immer noch ein leidlicher Ueberschuß. Die Zahlung von Mitgliederbeiträgen an die Zentrale ist demnach bei den deutschen Kommunisten ein überlebter Standpunkt. Welche Summen mag der Sowjetregierung wohl die schließliche Landtagswahl gekostet haben, und was mag ihr der Betriebsräterummel in Deutschland kosten, den man scheinbar heute schon bedauert?

Das Erbärmliche ist, daß Millionen der Sowjetregierung nach Deutschland wandern, während unter den kommunistischen Arbeitern im Reich Belträge für das hungerrnde russische Volk gesammelt werden. Lohnet der starke Einfluß von Mitteln eigentlich? Vielleicht gibt uns die „rote Fahne“ Auskunft darüber und teilt uns gnädigst mit, wieviel Millionen sie monatlich von den russischen Zuschüssen verschlingt!

Reichspräsident Ebert im Berliner Rathaus.

Der Reichspräsident nahm gestern Abend im Berliner Rathaus an einer Sondersitzung des Magistrats teil, zu der auch der Minister des Innern Seegering und der Vorstand der Berliner Stadtverordnetenversammlung erschienen waren. Oberbürgermeister Böß begrüßte den Reichspräsidenten und betonte, daß seinem die Herzen aufrichtiger entgegenstünden als dem Repräsentanten der jungen deutschen Republik, dem Manne des Volkes, der durch eigene Tätigkeit zum höchsten Amt gelangt sei und sich in schwerster Zeit bemüht habe.

Der Reichspräsident wies in seiner Erwiderung auf die Darlegungen des Oberbürgermeisters darauf hin, daß mit der Last der gerechnet werden müsse, daß in Deutschland die Städte und besonders die Großstädte durch die Lasten des Krieges und der Nachkriegszeit in immer größere finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Bester Zusammenschluß aller schaffenden Kräfte, Pflichtbewußtsein und äußerste Pflichttreue aller im Dienste des Volksganzen seien unerlässlich, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Wenn es dem Reiche gelänge, sich wieder aufzurichten, würden auch die Städte wieder neuankommen.

In die Magistratsitzung schloß sich ein Empfang in den Räumen des Rathauses. Magistrat und Stadtverordnete hatten Vertreter der Reichs- und Staatsregierung, der Parlamente, Handel und Gewerbe, der Finanz- und Wissenschaft und der Presse eingeladen. U. a. waren erschienen: der Reichskanzler Dr. Wirth, der Reichspräsident Ebert, der Reichsminister Dr. Ritter und Dr. Herms, Staatsminister Seegering, der Rektor der Universität, der Rektor der Technischen Hochschule, Präsident der Handelskammer und der Handwerkskammer.

Markwert ausgesprochen, wie das der „Tag“ behauptet, sondern nur für einen festen Wertmesser. Das ist jedoch zweierlei. Der Reichsverband der deutschen Industrie ist zwar für einen festen Wertmesser, aber nicht für die feste Mark. Gerade er hat ja mehr als irgendeine andere Organisation dazu beigetragen, die Mark dem Abgrunde zuzutreiben. Man braucht sich doch nur an die Tatsache zu erinnern, daß dieselbe Organisation, die Ende September vorgab, die Bestrebungen unterstützen zu wollen, daß die Mark im innderdeutschen Verkehr nicht von fremden Zahlungsmitteln verdrängt wird, am 10. Oktober geradezu eine Aufforderung zur Devisenhamsterei an ihre Mitglieder erging.

Wenn jetzt diese Kreise vorgeben, bei der Stabilisierung der Mark helfen zu wollen, so ist das nur dieselbe Unehrlichkeit. Sie wird aber verstärkt durch das Bestreben, die Devisenverordnung für den Sturz der Mark verantwortlich zu machen. In Wahrheit war es die Haltung der Industrie, unterstützt vom Großhandel, die die volle Wirksamkeit dieser Notmaßnahme verhinderte. Sie verursachte die Panikstimmung an der Börse, die Zurückhaltung und die Hamsterei an Devisen, untergrub das Vertrauen zur Mark, verhinderte aber gleichzeitig diejenigen Maßnahmen, die mit der Devisenverordnung zusammen zur Stützung der Mark vorgeschlagen waren. Wir haben stets eine scharfe Devisenverordnung verlangt, aber zugleich damit im Zusammenhang weitergehende Maßnahmen. Nach unserer Kenntnis hat auch das Reichswirtschaftsministerium stets denselben Standpunkt vertreten. Es hat bereits Anfang Juli — bei Beginn der Valutatatastrophe — dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzministerium ein System von Abhilfemaßnahmen vorgeschlagen. Auf seine Veranlassung sind im August und September diese Maßnahmen im Kabinett zur Erörterung gelangt. Wenn trotzdem die Devisenverordnung gegen unseren Willen für sich allein herauskam, die anderen Maßnahmen aber unterblieben und so der Sturz der Mark nicht aufgehalten werden konnte, so nicht aus Mangel an wirtschaftlicher Erkenntnis, sondern wegen des Widerstandes derjenigen kapitalistischen Kreise, die genau wie jetzt nichts gegen den Sturz der Mark tun wollen.

Der Industrie und den bürgerlichen Parteien mögen diese Feststellungen, die sich beliebig vermehren lassen, unangenehm sein. Das ändert aber nichts an ihrer Richtigkeit. Die Mark ist gestürzt, weit weniger wegen der Ungunst der Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands, als wegen der Ungunst, deren sie sich bei den deutschen Kapitalisten erfreute. Auch jetzt ist diese Ungunst lebendig und am Werke, die aktive Währungs politik zu erschweren oder gar zu verhindern. Kein Schritt dieser Kreise ist bisher erfolgt, den man als eine positive Maßnahme zur Abwendung des großen Unheils deuten könnte, den der Markzusammenbruch für die Wirtschaft und für die Millionen Markempfangler bedeutet. Schon diese Tatsache bestätigt unser Urteil, daß hier eine Interessengruppe am Werke ist, die in unzulässiger Weise ihren eigenen Vorteil mit dem der Allgemeinheit verwechselt. Jede der politischen Parteien, sofern sie den Staat nicht zum Diener von Sonderinteressen machen wollen, sollte es sein, solche Bestrebungen zu bekämpfen, statt sich ihnen willig zu zeigen, wie es bei den bürgerlichen Parteien leider nur in allzu großem Umfang geschieht.

Der bayerische Mussolini.

Organisation „nationaler Sturmtruppen“.

Die urwüchsigsten Bajwaren erwählen sich merkwürdige Leute zu ihren „autochthonen“ Führern. Entweder sind es echte „Saupreußen“ oder aber direkt Ausländer. Die „Frankfurter Ztg.“ macht darauf aufmerksam, daß auch Hitler, der bayerische Reichsgeneralmussolini — Ausländer ist. Während man in Bayern jeden Reichsdeutschen, der nicht stundenweiser Reaktionsärz ist, schikaniert oder abschiebt, duldet man, daß diese Leute offen den Bürgerkrieg organisieren. Ihr beliebtestes Agitationsmittel ist der angebliche Linksputsch. Die „Deutsche Tageszeitung“ meldet aus München:

„In einer Versammlung der Nationalsozialisten wandte sich deren Führer Hitler gegen die sozialistischen Behauptungen von Putschabsichten und erklärte, daß diese Darstellungen nur verbreitet würden, damit man selbst ungehörig rüsten könne. Er habe gehört, daß auf seinen Kopf eine Prämie von drei Millionen Mark ausgesetzt worden sei. Er forderte die Versammlungsteilnehmer auf, sich zu seiner nationalsozialistischen Sturmtruppe zu melden. Doch sollten sie nur solche melden, die gehorham sein wollen und bereit seien, wenn es sein muß, auch in den Tod zu gehen. Die Versammlungsteilnehmer, die sich nicht melden wollten, mußten hierauf den Saal verlassen, ebenso die Vertreter der Presse. An die Versammlung schloß sich dann eine besondere Versammlung der Sturmtruppen an, an die Hitler eine Ansprache hielt.“

Die Vorgänge der letzten Regierungsumbildung haben deutlich gezeigt, unter wie starkem Druck dieser Banden das politische Leben in Bayern steht. Die Putschabsichten müssen an der absoluten Geschlossenheit der bayerischen Arbeiterschaft scheitern, die zweifellos ihren Eindruck auch nicht verfehlt hat.

Der Regierung ist nichts bekannt . . .

München, 10. November. (Mit.) Amtlich wird bekanntgegeben: Die bayerische Regierung ist bereits am 4. November den Gerüchten über angebliche Putschgefahren in Bayern entgegengetreten. Sie hatte damals festgestellt, daß keinerlei greifbare Anhaltspunkte für diese in der Presse des In- und Auslandes verbreiteten Nachrichten vorliegen. Trotzdem sind die Tendenzmeldungen dieser Art nicht verstummt, sondern werden hartnäckig weiterverbreitet. Es muß förmlich den Anschein erwecken, als ob gewisse Leute mit Absicht derartige Nachrichten in die Welt setzen, um dadurch Beunruhigung zu schaffen und die politische Erregung im Volk aufrechtzuerhalten. Dieses Vorgehen ist ebenso töricht, wie verfehlt. Die dadurch erregte Stimmung kann Auswirkungen hervorbringen, die gar nicht vorauszu sehen sind, namentlich in einer Zeit, in der es leider überall Wirrköpfe gibt, die zur Durchführung ihrer Ideen bereit sind, an die Gewalt zu appellieren. Es wird deshalb erneut an die Bevölkerung die dringende Aufforderung gerichtet, die Ruhe zu wahren und nicht durch die Verbreitung von haltlosen Gerüchten die Erregung noch zu steigern, vielmehr die Verbreiter solcher alarmierenden Ausstellungen der Polizei namhaft zu machen (!). Zur Sache selbst sei wiederholt darauf hingewiesen, daß nach der derzeitigen Lage (!) keinerlei Anlaß zu Befürchtungen gegeben ist. Die bayerische Regierung wird, wie bisher, jeden Versuch, die Ordnung zu stören, mit allem Nachdruck entgegenzutreten, komme er, woher er wolle.

Gausfuchung bei der „Münchener Post“.

Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wurde durch die Polizei in den Räumen der Schriftleitung der „Münchener Post“, des sozialistischen Parteiorgans, eine Hausfuchung vorgenommen. Es handelt sich nach Blättermeldungen um ein Verfahren wegen Landesverrat. Die „Münchener Post“ hatte Mitteilungen über Waffenfunde gebracht (!).

Mussolini — Bistupski — Bauer.

Im Anschluß an die Veröffentlichungen, die der „Vorwärts“ über die Beziehungen zwischen Mussolini und den verschiedenen reaktionären Gruppen in anderen Ländern gemacht hat, weist das russische demokratische Tagesblatt „Dni“ darauf hin, daß Mussolini schon im Jahre 1920 zu dem berühmtesten Weisgardstengenerall Bistupski, sowie zu Oberst Bauer, dem Antimus General Lubendorffs, in Beziehungen getreten ist. In der in Prag erscheinenden sozialrevolutionären Zeitung „Boljo Rossii“ wurde am 24. Dezember 1920 folgendes Dokument in falscher Veröffentlichung:

Wir Endesunterzeichneten, General Bistupski und Oberst R. Bauer, beauftragen den Inhaber dieses Briefes, Herrn Theodor Lakatos, sich zu Herrn Mussolini, dem Redakteur des „Popolo d'Italia“ in Mailand zu begeben und mit ihm sowie seinem Vertreter oder anderen Personen über alle politischen, militärischen und finanziellen Fragen Unterhandlungen zu führen. Wir gestatten ihm die Sammlung oder den Empfang von Geldern für unsere Rechnung.

Das weitere Schicksal dieses Dokuments ist außerordentlich interessant. Sein Inhalt wurde im Dezember 1920 der italienischen republikanischen Partei bekannt und sollte in ihrem Organ „Voce repubblicana“ veröffentlicht werden. Davon erfuhr auf irgendeinem Wege Mussolini, der an das Zentralkomitee der Republikanischen Partei ein Telegramm richtete, in dem er gegen die Veröffentlichung des Dokuments heftigen Einspruch erhob. Trotzdem wurde es im „Secolo“ veröffentlicht, ohne von Mussolini bestritten zu werden. Es unterliegt also gar keinem Zweifel, daß er schon

vor mehr als zwei Jahren mit dem Kapsisten Bauer und dem russischen Monarchistenführer Bistupski in engste Beziehungen getreten ist. Bemerkenswert ist übrigens noch, daß in der neuesten Nummer der Wochenschrift des „Obersten Rates“ der russischen Monarchisten der Staatsstreich der Faschisten in Italien in den höchsten Tönen gepriesen und den übrigen Ländern als Muster vorgeführt wird.

Die Finanzgebarung des Reiches.

In der Dekade vom 21. bis 31. Oktober 1922 sehen sich die Reicheinnahmen aus folgenden Posten zusammen: Allgemeine Finanzverwaltung (Steuern, Zölle, Abgaben, Gebühren) 8 635 600 000 M.; schwedende Schuld 61 461 750 000 M.; fundierte Schuld 5 004 000 M.; Zwangsanleihe 5 857 000 M. Das ergibt eine Gesamteinnahme von 70 108 211 000 M.

Dieser Einnahme stehen folgende Ausgaben gegenüber: Allgemeine Verwaltungsausgaben (unter Gegenrechnung der Einnahmen) 45 734 406 000 M.; Zinsen für die schwedende Schuld 2 288 439 000 M.; Zinsen für die fundierte Schuld 158 294 000 M. Zu dieser Ausgabensumme von insgesamt 51 181 139 000 M. treten noch die Abhebungen der Betriebsverwaltungen. Hier stehen nämlich einer Ablieferung von 6 648 328 000 M. durch die Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung Abhebungen durch die Reichsbahn aus der Reichshauptkasse in der Höhe von 25 574 412 000 M. gegenüber, so daß eine Gesamtabhebung von 18 926 054 000 M. übrigbleibt und die Gesamtsumme der Ausgaben sich auf 70 107 223 000 M. steigert.

Für Ausgaben zur Erfüllung von Zahlungswertleistungen in ausländischer Währung in Ausführung des Friedensvertrages von Versailles sind in der Zeit vom 21. bis 31. Oktober 38 385 795 000 M. aufgewendet worden.

Die schwedende Schuld betrug an diskontierten Schahenweisungen am 20. Oktober 542 171 827 000 M. Zu dieser Summe traten 208 678 750 000 M. hinzu, während 147 215 000 000 M. abgingen, so daß sich eine Erhöhung um 61 461 750 000 M. auf 603 633 577 000 M. ergibt.

Davon sind Schahenweisungen mit dreimonatiger Laufzeit und bei der Reichsbank diskontiert im Betrage von 590 454 847 000 M., während Schahenweisungen im Betrage von 13 178 730 000 M. eine längere Laufzeit haben.

Wofür Deutschland aufkommen muß.

Den BRN. zufolge ist dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete von der Interalliierten Rheinlandkommission ein sehr bezeichnendes Schreiben zugegangen. Darin wird Beschwerde darüber geführt, daß die Reichsbehörden Mainz von der französischen Armee Bezahlung für den Transport von Reitpferden verlangt habe, die als Militärpferde aus Frankreich ins besetzte Gebiet zur Teilnahme an militärischen reitlichen Veranstaltungen geschickt worden waren. Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages habe Deutschland der Besatzungsarmee die Transportmittel zur Verfügung zu stellen, für die Ausbildung und Erholung g der Truppen, wozu auch reitliche Veranstaltungen gehörten. Ueberdies seien die fraglichen Pferde für die Zeit dieser Veranstaltung der Rheinlandarmee zugeteilt gewesen.

Also auch dazu wird der Friedensvertrag mißbraucht, daß die deutsche Reichsbahn Rennpferde umsonst befördern muß, damit die französischen Besatzungstruppen, angeblich zu ihrer Erholung, Pferde reiten können.

Zeitungsnot und Papierausfuhr. Zu dieser Zeit im gestrigen Abendblatt ist berichtigend mitzuteilen, daß die Papierpreise seit Anfang dieses Monats bereits überholt sind. Sie betragen nicht mehr das 500fache, sondern das 800fache des Vorkriegspreises. Denn das Papier kostete im Frieden pro Kilogramm 20 Pf., während es jetzt abzüglich der Rückvergütung 162 bis 165 M. pro Kilogramm kostet.

Die Abänderung der Einkommensteuer. Der Reichsrat stimmte einer von der Regierung eingebrachten Novelle zum Einkommensteuergesetz zu. Der zehnprozentige Abzug soll im Jahre 1923 bei einem Einkommen bis zu 400 000 M. stattfinden. Die Ermäßigungsstufe werden wesentlich erhöht. Für 1922 wird ein Tarif vorgeschlagen, bei dem der zehnprozentige Abzug nur bis zu 250 000 M. in Anwendung kommt.

Hauptmanns erste Premiere.

Zur Geschichte der Berliner Theaterkandale.

In den Tagen, da man an allen Bühnen Deutschlands den Schöpfungen Gerhart Hauptmanns jubelt, werden sich die Gedanken des Dichters manchmal zu jener denkwürdigen Mittagsvorstellung vom 20. Oktober 1889 zurückwenden, da die Uraufführung seines Erstlingswerkes „Vor Sonnenaufgang“ einen Theaterstandal entfesselte, wie die deutsche Theatergeschichte deren nur wenige verzeichnet. Der neugegründete Verein „Freie Bühne“, den Otto Brahm leitete, war schon durch seine erste Vorstellung, die drei Wochen vorher stattgefunden hatte und bei der die „Gespensler“ zur Darstellung gekommen waren, in den Mittelpunkt der Diskussion getreten. Schon jene Wahl hatte erhitzte Anhänger und Gegner geschaffen. Begierig frohte man in beiden Lagern: Was wird das nächste sein? Dieses nächste lag im Buchhandel vor. Jedermann konnte das Stück vorher kennen lernen. Je mehr davon bekannt ward, desto mehr ward es gelesen. Schon lange vor der Aufführung stritt man, wie Paul Schlenker in seinem Hauptmann-Buch erzählt, an allen Bier- und Kaffeeischen nicht so sehr über den Wert des Stückes als über seine Aufführbarkeit. Sollte man wirklich die Dreistigkeit haben, derartige Szenen, wie sie hier ein Anfänger wagte, auf eine noch so freie Bühne zu bringen? Was kam nicht alles an Greueln in den fünf Akten vor! Im ersten Akt ging es noch. Da sollten wir bloß zur Entschämtheit belehrt werden, damit unser Nachwuchs kräftig werde. Jedoch schon im zweiten Akt: ein betrunkenen Bauer verprügelt sich auf offener Szene an seiner eigenen Tochter, und der Verlobte dieses Mädchens schießt vor Tagesgrauen unvorsätzlich bedeiht aus der Schlafstube ihrer Stiefmutter. Im dritten Akt will der Mann einer Wädchlerin seine junge Schwägerin kirren, und wir erfahren, daß die Wädchlerin samt ihrem Schwager durch Vererbung dem Trunk ergeben ist. Im vierten Akt macht eine Kretin Lustsprünge. Und nun gar im fünften! Da hört man aus der Nebenstube das Wirbeln einer Gebärenden und das alles sollte auf die Bühne? Wenn das geschah, dabei sein muß! ein jeder. Aber jeder mußte auch seine gehörige Portion stützlicher Entrüstung und ästhetischer Empörung mitbringen. Zugleich suchte man durch anonyme Droh- und Warnbriefe die mutigen Schauspieler, vor allen die treffliche Elise Lehmann, einzuschüchtern. Auf jeder Probe wurden mit Zustimmung des Dichters Vängen besichtigt und die gewagtesten Krachheiten gemindert, ohne daß der Grundcharakter des Dramas und seiner „handbetenden Menschen“ dadurch beeinträchtigt war.

Die Aufführung des Werkes wurde mit Spannung erwartet, und beide Parteien hatten sich gerüht. Die Anhänger der neuen Kunst zogen ins Theater wie in eine Schlacht, um mit Händen und Füßen den Sieg zu erröchten und zu errampeln. Aber auch die Gegner waren kampfbereit, einige sogar im wahrsten Sinne des Wortes ausgerüstet, nämlich mit sogenannten „Kabaufstößen“. Ein großer Teil des Publikums aber strömte herbei, weil er einen Standal erwartete, und dieser Teil sollte reichlich auf seine Kosten kommen.

„Die Spannung entlud sich“, so bezeugt Richard Dörmel, der auch an der Aufführung teilnahm, „in einer Weise, die in den Annalen selbst der rabaukigsten Berliner Vorstadttheater nicht

ihresgleichen finden dürfte.“ Der erste Akt ging friedlich vorüber, aber dann jubelten die Jungen den Autor so oft hervor, daß der Widerspruch der Gegner laut wurde. Und nun gab sich all und jung und rechts und links dem Vergnügen hin, mit Kabaufstößen und Stiefelstößen den neuen Mann zu empfangen, wenn er auf der Bühne erschien. Von Akt zu Akt wuchs derärm. Schließlich lachte und jubelte, höhnte und trampelte man mitten in die Dialoge der Schauspieler hinein. Eine Dase bildete die wundervolle Liebeszene im vierten Akt, von deren „übermächtiger Einfachheit“ selbst die Gegner bezwungen wurden. Aber dann kam die Stelle, wo auf der Bühne nach der Hebamme gerufen wird, und da ging eine Zeitlang die Dichtung in einem ungeheuren Standal unter. Ein gewisser Jidior Kasten, Mitarbeiter am „Berliner Tageblatt“, der zu diesem Zweck eigens eine Geburtszange mitgebracht hatte, warf das Instrument auf die Bühne. Rasender Tumult erhob sich. Einige wollten den Kabaubrunder aus dem Theater werfen, andere traten für ihn ein. Man spielte das Stück mühsam zu Ende, lachte den Helden des Dramas aus und jubelte doch wieder den Verfasser hervor — um dann zu zischen.

Allerdings bereitete das Erscheinen des jungen Dichters vielen eine Enttäuschung. Man hatte, wie Fontane in seiner Theaterkritik schrieb, einen dürrigen, „gebräunten, breitschultrigen Mann mit Schlapput und Jägerschem Klapprock erwartet. Statt dessen erschien „ein schlant ausgeschlossener junger Herr von unatadeligsten Manieren und verbeugte sich mit einer großzügigen Anspruchslosigkeit, der wohl auch die meisten seiner Gegner nicht widerstanden haben. Einige freilich, so schloß Fontane, werden aus dieser Erscheinung, indem sie sie für hüllische Täuschung ausgeben, neue Waffen gegen ihn entnehmen und sich gern entsinnen, daß der verstorbenen Geheimen Rätzinalrat Casper sein berühmtes Buch über seine gerichtsarztlichen Erfahrungen mit den Worten anfang: „Meine Rörder sahen alle aus wie junge Mädchen.“ Mit Ausnahme der wenigen Zeitungen (unter ihnen das sozialdemokratische „Berliner Volksblatt“, der Vorgänger des „Vorwärts“), die für ihn eintraten wurde Hauptmann allgemein als der „Dramatiker des häßlichen“, ein „Talent in unsauberer Verpackung“, der „unstilligste Bühnenschriftsteller des Jahres“ beurteilt.

„Macbeth“ im Staatstheater. Die Kriminaltragödie, die scholische Königsragödie. Jessner, der Regisseur, suchte beiden gerecht zu werden, Koriener, der im vorigen Jahr äußerlich rebelliert hatte, rebellerte diesmal von innen heraus. Sein Macbeth hatte nichts von der Shakespeareschen Natur. Gerda Müller war eine große Reiningerin, aber noch nicht die Urnatur, die man erwartet hatte. Sie alle sollen noch charakterisiert werden. R. H.

Deutschland auf der Pariser Ausstellung 1924. Von französischer Seite ist kürzlich der grundsätzliche Beschluß gefaßt worden, die Deutschen zur Beteiligung an der für 1924 geplanten großen Kunstgewerbe-Ausstellung auszufordern. Wenn auch die offizielle Einladung noch nicht ergangen ist, so ist es doch von Wichtigkeit, zu wissen, wie die führenden Meister des deutschen Kunstgewerbes dazu stehen. Die Seemannsche „Kunstchronik“ hat daher eine Kundfrage veranstaltet, aus deren Ergebnis hervorgeht, daß die

meisten Künstler für die Beschickung eintreten. Nur zwei haben sich schroff ablehnend verhalten: der Direktor der Dresdener Kunstgewerbe-Akademie Prof. Groß und der Präsident der Münchener Gewerbebeschau Prof. Scharvogel. Letzterer erklärt scheinbar: „Solange noch ein Franzose am Rhein steht, kann von einer Beteiligung Deutscher an einer französischen Ausstellung überhaupt nicht die Rede sein!“ Die bekanntesten Persönlichkeiten aber treten warm für eine Beteiligung ein. So meint Peter Behrens: „Es ist die Frage, ob der moderne deutsche Geschmack in Frankreich Anerkennung findet; da aber die Ausstellung nicht nur für die Pariser, sondern ein internationaler Wettbewerb ist, ist dieser Punkt ohne Belang. Jedenfalls ist aber — und hierauf kommt es mir am meisten an — ein geistiger Wettbewerb und ein damit verbundenes Zusammenarbeiten die beste, wenn nicht die einzige Möglichkeit, um ein allmähliches Anbahnen besserer nachbarlicher Beziehungen zu erwirken.“ Auch Hans Poelzig ist der Ansicht: „Falls die Aufforderung zur Beteiligung an Deutschland in einer würdigen Form gerichtet wird und Deutschland die Gewähr hat, in gleichem Maße wie die anderen Staaten auf der Ausstellung aufzutreten, so halte ich eine Beteiligung an Deutschland für sehr erwünscht. Selbstverständlich muß alles geschehen, um diese Beteiligung so hochstehend und so geschlossen wie möglich durchzuführen.“ Einachendende Vorschläge über die Beschickung macht Rathsjeus, indem er hervorhebt, daß ein Fehler Deutschlands für uns — von unermesslichem Schaden wäre: „Gerade für die Zukunft Deutschlands im Welt-handel ist es äußerst wichtig, bei dieser Gelegenheit den Ruf des deutschen Kunstgewerbes aufs neue zu bestätigen. . . . Es ist selbstverständlich, daß diese deutsche Abteilung einen Höhepunkt des guten Geschmacks und der künstlerischen Leistung darstellen muß. Kein zusammengezwungenes Durcheinander, keine ermüdende Raumfolge, kein Allquoties, nichts Mittelmäßiges, nur Bestes dürfte zugelassen werden.“ Ebenso tritt Riemerschmid, falls die Voraussetzungen einer würdigen und ehrenvollen Teilnahme erfüllt werden, für eine Beteiligung ein, bei der die größten Anstrengungen gemacht werden müssen.

Der literarische Nobelpreisträger Jacinto Benavente steht heute im Alter von 56 Jahren und hat in seiner spanischen Heimat als Dyriler und namentlich als Verfasser satirischer Komödien starke Erfolge gehabt. Eines seiner Lustspiele, „Die Schule der Prinzen“, wurde auch in Frankfurt a. M. gegeben. Während des Krieges hat Benavente wiederholt seine deutschfreundliche Gesinnung fundgetan. Als Schriftsteller wird er nun dieselbe Karriere machen wie seinerzeit Rabindranath Tagore, von dessen Geistes Europa auch erst erfuhr, als ihm der Nobelpreis verliehen wurde. Die Arbeiten des Spaniers werden in alle Kulturproben überführt werden, die Theaterdirektoren werden sich die Reklame zunutze machen und vielleicht erleben wir noch in dieser Saison die erste Benavente-Premiere auf einer Berliner Bühne.

Große Kalkoper. In der am Sonntag, den 12. Natfandenben Aufführung von „Lilian und Holbe“ singt erstmalig den Tristan Hammer, Sänger Otto Wolf vom Landestheater München.

Die Nobelpreise für Chemie. Der Nobelpreis für Chemie für das Jahr 1921 ist von der Schwedischen Akademie der Wissenschaften dem Prof. Frederick Soddy in England verliehen worden, der Preis für 1922 dem Dr. Francis William Aston in Cambridge.

Barthou über die Berliner Ergebnisse.

Paris, 10. November. (W.B.) Die Agence Havas veröffentlicht folgende Äußerungen, die Barthou ihrem Berliner Vertreter gegenüber getan hat: Die Reise der Reparationskommission nach Berlin war ein Gebot der Notwendigkeit. Sie hat in der Hauptsache ihren Zweck erfüllt. Zweck der Reise war es nicht, die Fragen an Ort und Stelle zu entscheiden, sondern sie dokumentarisch festzulegen und ihre Lösung vorzubereiten. Ueber die Männer und über die Lage haben wir vieles erfahren, was uns sonst unbekannt geblieben wäre. Indessen haben unsere Bemühungen es nicht dahin gebracht, daß wir die Vorschläge erhielten, die wir mit Recht erwarten durften. In Deutschland ist die

Jucht vor der Verantwortung

nicht weniger groß als die Kapitalflucht. Die Noten der deutschen Regierung über die Stabilisierung der Mark gleichen nur sehr entfernt dem genannten Plane, den sie uns versprochen hatte. Was sie vorgebracht hat, sind

Unregungen, aber keine Lösungen.

Ich will keine Vermutungen über die Entscheidungen anstellen, die die Kommission treffen wird, und ich will auch insbesondere nichts sagen, was eine Einigkeit, deren wirksame Kraft die deutsche Regierung bei allen unseren Besprechungen gefühlt hat, zerstoren oder auch nur schwächen könnte. Aber als Delegierter Frankreichs werde ich die Rechte meines Landes verteidigen. Ich weiß, daß ein Gläubiger

einen Schuldner nicht ruinieren darf,

aber ich weiß auch, daß ein Gläubiger sich nicht zum Vorteil seines Schuldners ruinieren soll. Frankreich hat nicht so viele Opfer gebracht und ist nicht so weit entgegengeschritten, um zu sehen, wie man ihm notwendige Garantien verweigert oder sie zurückzieht. Niemand kann von Frankreich erwarten, daß es die Mäßigung bis zur Auslieferung treibt.

Die Reparationskommission ist Freitag nachmittag abgereist.

Das endgültige Wahlergebnis in Polen.

Warschau, 10. November. (W.B.) Das endgültige Wahlergebnis einschließlich der Reichsliste ist für die Minderheitsnationen noch günstiger ausgefallen, als zuerst angenommen wurde. Als zweitstärkste Partei erhielten die Nationalen Minderheiten 79 Mandate, die Nationaldemokraten als stärkste Partei 108, die polnische Volkspartei (Witosgruppe) 71, die Partei der Befreiung (linker Flügel der polnischen Volkspartei) 48, Sozialdemokraten 40, die Nationale Arbeiterpartei 16 und die übrigen kleinen Parteien (Zionisten, Wilnaer Volksräte, Galizische Bauern, Mittelpartei) zusammen 22. Ohne die Nationalen Minderheiten stehen Rechte und Linke sich 168 zu 179 gegenüber. Der starke Block der Nationalen Minderheiten kann daher nicht unberücksichtigt gelassen werden. Insgesamt hat der neue Sejm 444 Mitglieder.

Die Wut der Unterdrückten.

Warschau, 10. November. (W.B.) Das Ergebnis, daß die Minderheiten ungefähr ein Viertel der Sejmische erhalten, hat die Nationaldemokraten in ziemliche Erregung versetzt; ihre Presse verlangt, verstickt oder offen, daß die „staatsgefährliche“ Zusammensetzung des Sejm nicht zugelassen werde. Der „Kurjer Poranny“ (Morgenkurier) berichtet über faschistische Organisationen der Nationaldemokraten. Der Geheimbund heiße „Freie Schützen der Republik Polen“, Waffen und Munition seien ausreichend vorhanden, die Freikorps nennen sich Haller, Dombor-Musnickel und Pilsudski.

Die Attentatspläne gegen Dr. Wirth. Die seinerzeit im Reichstag gemachten Mitteilungen über Attentatspläne gegen den Reichszentraler geben der deutschnationalen Reichstagsfraktion Anlaß, bei der Reichsregierung anzufragen, ob die Reichsregierung bereit sei, Auskunft zu geben, was zur Feststellung des Sachverhaltes geschehen und welches das Ergebnis der Ermittlungen gewesen ist.

Ein König, der nicht alle wird. Gestern berichteten wir von einer Leipziger Gesellschaft, die noch immer „Seine Majestät König Friedrich August von Sachsen“ als „Schirmherrn“ in ihrer Firma führt. Heute erfahren wir aus dem „Buchhändler-Börsenblatt“ (vom 1. November), daß es in jenem Reichsstaat noch heute einen offiziellen Buchhändlerverband für das Königreich Sachsen gibt. Wenn man einen solchen Monarchen gehabt hat, wie den verstorbenen Landesvater unseres Tobias Pamberlein, dann ist es allerdings verständlich, daß edle Seelen nur schwer auf das Königtum verzichten können.

Die feure Plakarte. Man könnte Hunderte von Beispielen anführen, um die geradezu grotesken Wirkungen der deutschen Währungsplakate zu beleuchten. Ein besonders krasser Fall wird uns von einem „Vorwärts“-Lester berichtet, der kürzlich nach Basel geschäftlich fahren mußte. Die Stadt Basel befindet sich bekanntlich dicht an der deutschen Grenze und es gibt doch einen badischen Bahnhof, der Reichseigentum ist und dessen Personal aus reichsdeutschen Eisenbahnbeamten besteht, die jedoch, da sie zum Teil auf Schweizer Boden wohnen und leben, in Frankenwährung bezahlt werden müssen. Um nun die unerwünschten Kosten teilweise zu decken, die die Entlohnung dieses Personals dem Fiskus verursacht, ist die Eisenbahnverwaltung auf alle möglichen kleinen Tricks verfallen, die ihr auch Einnahmen in „Franken“ zu verschaffen geeignet sind. So werden die Fahrkarten nach Deutschland am Bahnhofschalter zwar zu dem üblichen Preis in deutscher Papiermark ausgegeben, die Plakarten jedoch können nur in Schweizer Währung bezahlt werden. Und so kostet ein Bilet zweiter Klasse im D-Zug nach Berlin etwa 800 M., die Plakarte dagegen zwei Schweizer Franken, bei dem Refundieren vom letzten Dienstag gleich 3850 M.! Mit anderen Worten: Man kann für das gleiche Geld zweimal hin und zurück von Berlin nach Basel fahren, bzw. sich einen Platz in einem Abteil sichern. Wobei noch zu bemerken wäre, daß der Zug die Baseler Ausgangsstation sowieso ziemlich leer verläßt und mindestens bis Freiburg auch leer bleibt.

Die Schnaps-Flotte. Die amerikanischen Behörden, die die schwierige Aufgabe der Durchführung des Alkoholverbotes haben, sind in jüngster Zeit durch die Mitteilung beunruhigt, daß an der Küste von New Jersey in respektvoller Entfernung der Hoheitsgrenze von drei englischen Meilen eine große Schnaps-Flotte kreuzt. Es sollen mehr als 100 Schiffe sein, die alle mit Alkohol beladen sind; die Schiffe kommen von den Bahama-Inseln und geben als Ziel St. Pierre oder Tampico in Mexiko an. Man vermutet aber, daß das eigentliche Ziel sehr viel näher, nämlich an der amerikanischen Küste liegt. Nach den Meldungen soll jedes einzelne dieser über hundert Schiffe für mindestens eine halbe Million Dollar Alkohol an Bord haben. Die Behörden haben alle möglichen Vorkehrungen getroffen, um das Einschmuggeln des Schnaps zu verhindern, und es kreuzen beständig Patrouillenschiffe an der Küste, um den drohenden „nassen Angriff“ der Schnaps-Flotte mit allen Mitteln abzuwehren.

Zum 60. Geburtstag Gerhart Hauptmanns veranstalteten die Leiter-Bühnen zwei Festschulungen. Im Kleinen Theater wird „Eleg“ in Szene gesetzt und im Residenz-Theater „Gannitz“ im Melodram.

Das letzte Markgutachten.

Der Reichsregierung ist das Gutachten der Sachverständigen Bissering, Dubois, Bern und Kamenta zugegangen. Es folgt in der Hauptsache:

Eine dauernde Stabilisierung der Mark läßt sich solange nicht erreichen, als der Papiergeldinflation nicht Einhalt geboten wird und als die Zahlungsbilanz infolge des Einfuhrüberschusses, der Kapitalflucht ins Ausland, der Abneigung gegen die Mark im Inland und der Sachlieferungen und Verzinsungen für die Reparationen passiv bleibt.

Der Reichshaushalt

muß tatsächlich ausgeglichen sein, die tatsächlichen Ausgaben müssen sich in den Grenzen der möglichst zu beschränkenden Voranschläge halten; wenn die Einnahmen zur Deckung der Ausgaben nicht hinreichen, müssen neue Einnahmequellen erschlossen werden; schließlich darf der außerordentliche Reichshaushalt nicht mit Ausgaben für Kapitalinvestitionen belastet werden, die sich vermeiden oder auf bessere Zeiten verschieben lassen, noch darf der außerordentliche Reichshaushaltsplan Voranschläge für Reparationszahlungen enthalten, die die etwaigen Ueberschüsse aus den Einnahmen des ordentlichen Reichshaushalts übersteigen. Dazu ist erforderlich: die

strengste Sparjamkeit, Verringerung des Personals

der Staatsämter und Betriebsverwaltungen sowie der allmähliche Abbau der Ernährungszulüsse.

Das beträchtliche Defizit kommt vom Nachlassen der Ausfuhr, wofür innere wie äußere Ursachen angegeben werden. Die Regierung muß alles aufbieten, um die frühere Produktionskraft wieder zu erlangen. Im Ausland hat man dauernd und nicht grundlos über die heftige Konkurrenz der deutschen Industrie geklagt, was zum Ruin mehrerer Industriezweige geführt hat. Will Deutschland, daß die Einschränkungen ihm gegenüber aufhören, so muß seine Konkurrenz normal sein, d. h. sie darf nicht auf der Billigkeit seiner Waren infolge des immer tieferen Sinkens seiner Faktura beruhen. Ein Ausgleich der Zahlungsbilanz ist ohne die Möglichkeit einer Entwicklung der Ausfuhr nicht zu erreichen. Andererseits wird

die Einfuhr

durch die Verpflichtung Deutschlands begünstigt, gewisse ausländische Waren ins Land zu lassen, sowie durch das sogenannte Loos im Westen.

Wenn die deutsche Regierung in dieser Hinsicht machtlos bleibt, wird sie große Mühe haben, die Einfuhr gänzlich zu überwachen und sie wirksam zu beschränken. Die Getreideeinfuhr muß in diesem Jahre infolge der schlechten deutschen Ernte besonders stark sein. Die Einfuhr von Kohlen ist vor allem eine Folge der Verpflichtungen zu Kohlenlieferungen an die Alliierten. Solange keine anderen Vereinbarungen getroffen sind, wird diese Ursache der Passivität fortbestehen.

Für die Kapitalflucht siet, sobald die Stabilisierung der Mark eingeleitet sein wird, einer der Gründe weg, es bestände Aussicht auf ein allmähliches Zurückströmen; die deutsche Steuerbefreiung muß berücksichtigen, daß sie bei einer Besteuerung des Vermögens und Einkommens über gewisse Grenzen hinaus die Kapitalflucht herausfordert und ihr auch durch die drohenden Maßregeln nicht völlig vorbeugen kann. Deutschlands

Verzahlungen und Sachleistungen

müßten bis zu dem Augenblick aufhören, wo die Aussicht besteht, daß das Gleichgewicht gesichert ist.

Sobald die genannten Voraussetzungen erfüllt oder auf dem Wege zur Verwirklichung sind, schlagen wir folgende Maßregeln vor:

1. Es muß in nächster Zukunft ein neuer beständiger Wertmesser geschaffen werden, am besten in einer

neuen Goldmark

z. B. $\frac{1}{100}$ Pfund oder $\frac{1}{100}$ Schilling oder $\frac{1}{100}$ Dollar.

2. Zur Durchführung der Stabilisierung der Mark wäre eine selbständige Geldbank, etwa als Aktiengesellschaft, zu schaffen. Grundkapital: 100 Millionen Goldmark, von der Reichsbank in Gold eingezahlt. Dafür erhält die Reichsbank die Aktien der neuen „Geldbank“, wodurch deren Aktien keine Verringerung erfahren.

Da aber diese Gründung längere Zeit beanspruchen wird, soll zunächst ein Komitee aus Vertretern des Finanzministeriums, der ausländischen Geldgeber und der Reichsbank zusammengetreten, um die ersten Operationen zur Stabilisierung zu veranlassen.

3. Die Stabilisierung kann nur mit einem

erheblichen ausländischen Kredit,

z. B. 500 Millionen Goldmark in bisheriger Währung, durchgeführt werden. Unter den Vorschlägen der Reparationskommission soll sobald wie möglich ein internationales Vorkomitee tagen.

4. Eine endgültige Stabilisierung ist nur zu erreichen, sofern die Verhältnisse im Lande eine Stabilisierung de facto ermöglichen, nämlich durch

- a) Ausgleich des Staatshaushalts,
- b) Herbeiführung einer aktiven oder wenigstens ausgeglichenen Handelsbilanz,
- c) Ausgleich der Zahlungsbilanz.

Da eine wesentliche Erhöhung der Staatseinnahmen kaum möglich sein wird, dürfte nur die

Verringerung der Ausgaben

zum Ziel führen. In erster Linie müssen nicht nur das Defizit der Eisenbahn und der Postverwaltung, einschließlich Telephon und Telegraph, verschwinden, d. h. die Betriebseinnahmen müssen die Betriebsausgaben decken und diese Anstalten müssen außerdem die Ueberschüsse ergeben, die eine genügende Amortisation der Immobilien sowie die Verzinsung des investierten Kapitals sicherstellen. Zudem ist es unbedingt notwendig, die Unterstützungen, die infolge der Zwangsirtschaft zu bezahlen sind und die eine

falsche Preisbildung verursachen, in möglichst kurzer Frist einzustellen. Die Anzahl von Beamten müßte herabgesetzt werden. Um die Handelsbilanz aktiv zu gestalten, muß vor allem eine

Vermehrung der Produktion

herbeigeführt werden, sowohl durch Verbesserung der Arbeitsmethoden, als durch Erhöhung der Arbeitsintensität und gegebenenfalls durch eine Verlängerung der Arbeitszeit.

Gleichzeitig wäre eine Herabsetzung der Arbeitslöhne zu prüfen unter Anpassung an den bestehenden Wert des Geldes. Zu diesen Maßnahmen kann jedoch das Einverständnis der Arbeiter nicht erwartet werden, solange einerseits die vermehrte Arbeitsleistung nicht sowohl dem ganzen deutschen Lande als auch den Arbeitern selbst zugute kommt und andererseits der nominell herabgesetzte Arbeitslohn nicht eine erhöhte Kaufkraft besitzt. Industrie und Arbeiter müssen die Arbeitsleistungen zu vermehren suchen, und die alliierten Regierungen müssen der Regelung der Reparationsleistungen zustimmen.

Reparationszahlungen dürfen dem Deutschen Reiche nicht auferlegt werden, solange sie nicht aus dem Ueberschuß des Staatshaushalts bezahlt werden können, ansonst diese Zahlungen zur Erhöhung der Notenzirkulation bzw. der Inflation führen und die Stabilisierung unmöglich machen würden.

Auf die Dauer wird eine derartige Stabilisierung nur beibehalten werden können, wenn die Wiedergutmachungsfrage eine endgültige Lösung gefunden hat, die einen bestimmten Zahlungsplan vorsieht.

5. Wenn die Hoffnung begründet ist, daß die oben genannten Voraussetzungen in nicht allzu ferner Zeit erfüllt werden können, so kann eine

provisorische Stabilisierung

versucht werden, die immerhin ein gewisses Wagnis bedeutet, sofern es sich dann nachträglich herausstellen sollte, daß die notwendigen Voraussetzungen nicht erfüllt werden konnten.

Da es vor allem erforderlich ist, daß die „Geldbank“ über genügende Kräfte verfügt, um allen Gegenströmungen entgegenzutreten zu können, sollte ihr der gesamte ausländische Kredit und ein möglichst hoher Betrag vom Gold der Reichsbank zur Verfügung gestellt werden. Mit Hilfe dieser Mittel sollte die „Geldbank“ Markgutachten und auf Mark lautende Banknoten auszulassen, vornehmlich durch Konzentration ihrer Tätigkeit auf die ausländischen Märkte. So dürfte allen Gegenoperationen wirksam entgegengetreten und eine sehr wesentliche Besserung des Marktkurses auf den ausländischen Märkten erreicht werden.

Die Erreichung der Aufwärtsbewegung der Mark ist einer der Hauptzwecke, da der

längste Marksturz insbesondere eine Vertrauenskrisis

ist, die nach ihrer Beseitigung rasch eine Gegenströmung nach sich ziehen kann.

Wird auf diese Weise die Mark auf einen beträchtlich höheren Stand zurückgeführt, so werden sich bedeutende Vorteile ergeben:

- a) der unvorhältnismäßig starken Markentwertung wird ein Riegel vorgeschoben,
- b) die Mark wird auf eine Basis gebracht, die gegenüber dem gegenwärtigen Stand nicht die vollständige Entwertung aller Markguthaben jeder Art bedeutet,
- c) je höher der Stand der Stabilisierung gewählt wird, desto eher wird die derzeitige Notenzirkulation dem Bedarf des Landes genügen.

Auf der anderen Seite wird:

- a) eine endgültige Anpassung der Arbeitslöhne an den neuen inneren Wert der Mark einen mehr oder weniger längeren Zeitraum, während dem sehr ernste Schwierigkeiten zu überwinden sind, beanspruchen, und
- b) ein sühlicher Preisabbau die natürliche Folge sein müssen. Eine durch die Stabilisierung herbeigeführte bessere Wirtschaftspolitik erleichtern. Außerdem wird auch der Staatshaushalt auf einer festen Grundlage aufgebaut und das Gleichgewicht wiederhergestellt werden können.

6. Hiernach scheint es unbedingt angezeigt, sofort den Versuch zu einer provisorischen Stabilisierung zu unternehmen, sofern die Aussicht besteht, daß die oben erwähnten Voraussetzungen sich in nicht allzu ferner Zeit erfüllen.

7. Ist ein genügend hoher Kurs der Mark erreicht, so muß mit allen Mitteln versucht werden, ihn beizubehalten, sei es durch Ankauf von Devisen bei Steigen der Mark, sei es durch Kauf von Mark, wenn diese gestiegen werden soll. Hierzu würde sich eine Konversion des Geldes am besten eignen. Die „Geldbank“ könnte auch die Tätigkeit einer solchen Kasse übernehmen.

8. Das Ziel ist die Wiederherstellung einer Goldwährung. Wird eine Ueberangangszeit notwendig, so wäre vorübergehend die Papiermark in Zirkulation zu lassen und gleichzeitig die Goldmark als Rechnungsgeld einzuführen. Wir hoffen jedoch, daß ein direkter Uebergang von der Papierwährung zur Goldwährung möglich sein wird.

9. Sind erst die noch unzulänglichen Papiermarknoten gegen Goldmarknoten oder entsprechende Guthaben ausgetauscht, so kann die Aufhebung der „Geldbank“ in Frage kommen, und die Reichsbank wäre dann wieder allein mit der Notemission und mit der Handhabung der Parität zu betrauen.

10. Während einer gewissen Uebergangszeit wird die Vermehrung der schwabenden Schuld nicht völlig unterbunden werden können; dementsprechend sollte der Regierung die Möglichkeit gegeben sein, bis zu einem beschränkten noch zu bestimmenden Betrage die schwabende Schuld zu vermehren, bis die günstige Wirkung der Stabilisierung zur Geltung gekommen ist.

Die zu treffenden Maßnahmen müssen unverzüglich veranlaßt werden, ansonst zu befürchten ist, daß eine Aktion zu spät sein wird, um Aussicht auf Erfolg zu haben.

Die Wahlen in Amerika.

Schwache republikanische Mehrheit.

Paris, 10. November. (W.B.) Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Washington hat nach den offiziellen Wahlergebnissen in den Vereinigten Staaten die Demokratische Partei gesiegt für den Senat in Delaware, Indiana, Maryland, Michigan, New York, New Jersey und Westvirginia. Die Republikaner verlieren außerdem an die Demokraten die Gouverneurposten in folgenden Staaten: Arizona, New Hampshire, Kansas, Tennessee, Oregon, Ohio und Nebraska sowie in Rhode-Island.

Der Kongreß wird sich wie folgt zusammensetzen: Repräsentantenhaus 228 Republikaner, 204 Demokraten und ein Sozialist. Die republikanische Mehrheit würde also 11 Sitze betragen. Im Senat werden die Republikaner 53 Sitze haben, die Demokraten 42, die Landwirte einen. Die republikanische Mehrheit wird also 4 Stimmen betragen.

Die überraschend schwere Niederlage der Demokraten bei der amerikanischen Präsidentschaftswahl vor zwei Jahren war in erster Linie auf die tiefe Missstimmung weiter Volkstreffs gegen die Person und die Politik Wilsons zurückzuführen. Im Gegensatz zu jenem Kampf standen diesmal im Vordergrund: der neue Schutzzolltarif und das Alkoholverbot.

Durch bedeutend erhöhte Schutzzölle hat die republikanische Mehrheit versucht, der Ueberschwemmung des amerikanischen Marktes durch deutsche Waren vorzubeugen, um

damit die Industriekrise zu beheben. Aber dieses Mittel hatte zur Folge, daß eine Verbilligung der Lebenshaltung des Volkes unmöglich wurde. Da die ersten zwei Jahre des republikanischen Regimes im Innern einen ausgesprochen reaktionären Charakter trugen, der vor allem bei der rückwärtslosen Unterdrückung der großen Streikbewegungen in Erscheinung trat, und da drüben die sozialistische Bewegung noch in den Kinderschuhen steckt, haben breite proletarische Wählerschichten für die oppositionelle Demokratische Partei gestimmt.

Auch in der Alkoholkfrage machte sich ein deutlicher Rückschlag in der öffentlichen Meinung bemerkbar, weil die überaus strenge Anwendung des „trockenen“ Regimes nur die heimliche Spritfabrikation und Trunkenheit gefördert hat, wobei regelmäßig nur die kleinen Sünder ertappt und bestraft werden.

Im Hintergrunde des Wahlkampfes stand aber doch die Außenpolitik. Auch die Amerikaner erkennen, daß ihre eigene Krise letzten Endes auf das europäische Wirtschaftswesen zurückzuführen ist, und gegen die bisher ziemlich streng durchgeführte Parole der Nicht-Einmischung in europäische Angelegenheiten macht sich eine Bewegung bemerkbar, die der Demokratischen Partei jedenfalls nichts geschadet hat.

Die Hof-Presse. Die „Königsberger Hartungsche Zeitung“ und die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ haben sich gezwungen, vom 1. Dezember ab zum täglich einmaligen Erscheinen als Abendblätter überzugehen.

Gewerkschaftsbewegung

Bergarbeiterlohn und Kohlenpreis.

Der Soz. Parlamentsdienst schreibt: Ueber das Kapitel „Bergarbeiterlohn und Kohlenpreis“ wird sehr viel Unzutreffendes geschrieben. Die den Zechen nahestehenden Zeitungen behaupten, daß die Bergarbeiter die treibende Kraft bei der Erhöhung der Kohlenpreise sind. Den Beweis für diese Behauptungen müssen sie schuldig bleiben, weil eine objektive Prüfung der Tatsachen zu einem ganz anderen Resultat gelangt.

Bis zum August 1922 betrug der Anteil der Löhne und Gehälter am Zechenerlös — von geringen Schwankungen abgesehen — immer 60 Proz., der Rest entfiel auf Betriebsunkosten und Gewinn. Im Februar 1922 kostete z. B. die Fettsäurekohle 488,10 M. pro Tonne. Dieser Verkaufspreis wurde aber den Zechen nicht voll zugewandt, sondern für Kohlen- und Umsatzsteuer, für Heimstättenbau und Handelsrabatt rund 106,23 M. beansprucht, so daß die Zechen 381,87 M. pro Tonne Fettsäurekohle vereinnahmten. Die Lohnbelastung betrug für Arbeiter und Beamte 230,80 M. pro Tonne, das sind 60,50 M. des Zechenerlöses, so daß den Unternehmern 251,37 Proz. oder 151,07 M. zur Bestreitung aller sonstigen Kosten verblieben. Zwischen Zechenerlös und Kohlenverkaufspreis muß streng unterschieden werden, da der Kohlenverkaufspreis öffentliche Abgaben enthält, die nicht den Bergarbeitern und nicht den Zechen, sondern der Allgemeinheit zugute kommen. Im Februar waren also im Kohlenverkaufspreis pro Tonne enthalten: 49,57 Proz. Lohn- und Gehaltsanteile, 28 Proz. für Betriebskosten, Abschreibungen und Gewinne und 22,69 Proz. Abgaben und Steuern. Der Lohn war im Durchschnitt um 3,90 Proz. über den normalen Anteil von 60 Proz. am Zechenerlös hinausgegangen. Bei der neuen Preisregelung am 1. März wurde diese Differenz wieder ausgeglichen. Von da ab änderte sich aber das Verhältnis immer mehr zu Ungunsten der Gehalts- und Lohnanteile. Im März 1922 betrug der Lohn- und Gehaltsanteil nur noch 44,78 Proz., während sich der Anteil für die Betriebskosten und Gewinne auf 31,77 Proz. und der für Abgaben und Steuern auf 23,45 Proz. erhöhte. Im August gestaltete sich das Verhältnis noch ungünstiger. Für die Löhne wurden nur noch 40,93 Proz., für die Betriebsunkosten und Gewinne 24,16 Proz., für die Abgaben und Steuern aber 34,91 Proz. des Kohlenverkaufspreises veranschlagt. Ab 1. November aber werden von dem Verkaufspreis für Fettsäurekohle nur noch 28,77 Prozent auf die Löhne und Gehälter, dagegen 33,10 Proz. auf Abgaben und Gewinne und 38,13 Proz. auf Steuern, Abgaben und Handelsrabatt entfallen.

Diese durch nichts zu bestreitenden Zahlen zeigen, daß 1. der größte Anteil vom Zechenerlös und vom Kohlenverkaufspreis den Unternehmern verbleibt; 2. der Anteil der Abgaben und Steuern ebenfalls den Lohn- und Gehaltsanteil überschritten hat; 3. für Gehälter und Löhne der geringste Anteil vom Zechenerlös und vom Kohlenverkaufspreis beansprucht wird. Nun muß dabei berücksichtigt werden, daß die Mehreinnahmen der Zechen aufgebraucht werden durch die geradezu fabelhafte Steigerung der für den Grubenbetrieb unentbehrlichen Materialien, die keiner Beschränkung im Preise unterliegen, sondern sich in voller Breite bewegen. So haben sich z. B. in der Zeit von Juli bis Oktober die Preise für Eisern-Grubenholz von 2000 auf 20 000 M., für Grobbleche von 18 000 auf 128 000 M., für Grubenlichtern von 15 500 auf 102 000 M. erhöht. Da aber die Zechenbesitzer zugleich Aktionäre der Berg- und Eisenwerke und auch bei den Zwischeneminieren für Holz beteiligt sind, stellen sich die erhöhten Materialpreise zum guten Teil als erhöhte Unternehmerrgewinne dar.

Diese wenigen Beispiele zeigen, wodurch die Preisschraube bei der Kohle angedreht wird, wenn die Werte fähig bleiben und die Betriebsicherheit im Interesse der Verolte aufrechterhalten werden soll. Sie zeigen aber auch der Deutlichkeit, wie falsch es ist, immer wieder zu behaupten, die Lohn- und Gehaltsanteile seien die Ursache der hohen Kohlenpreise. Umgekehrt liegen die Dinge: die Preise steigen so rasch, daß keine Lohn- und Gehaltssteigerung imstande ist, sie jemals einzuholen.

Der von den Bergarbeitern des Ruhrreviers am 3. November abgelehnte Schiedspruch ist vom Reichsarbeitsministerium für die Zeit vom 1. bis 15. November für allameinverbindlich erklärt worden. Am Freitag begannen in Berlin Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, um eine Regelung der Löhne für die Zeit nach Ablauf dieses Schiedspruchs zu erzielen. Es besteht begründete Aussicht, daß eine Einigung erzielt wird.

Lohnpreise und Schandlöhne.

Das konsumierende Publikum wird erstaunt sein, daß trotz der hohen Preise die Konditoreibesitzer nicht in der Lage sein sollen, ausreichende Löhne zu zahlen. Zurzeit erhält das Konditorpersonal folgende Wochen-Durchschnittslöhne: Gehilfen 4550 M., Hilfsarbeiter 3400 M., Hilfsarbeiterinnen und Küchenpersonal 2400 M., Verkäuferinnen 2300 M. Der Schlichtungsausschuß fällt am 6. November 1922 einen Schiedspruch, welcher im Durchschnitt folgende Wochenlöhne für den Monat November festsetzt: Gehilfen 7718 M., Hilfsarbeiter 6100 M., Hilfsarbeiterinnen 3500 M., Verkäuferinnen 4000 M.

Diese gewiß noch verhältnismäßig niedrigen Löhne sind den Konditoreibesitzern zu hoch, sie haben den Schiedspruch abgelehnt, u. a. mit der Begründung, daß das jüngere Personal nur zur Liederlichkeit erzogen würde! Nach Anrufen der Konditoreibesitzer sollen die jüngeren Gehilfen ihren Lohn in Dielen, Bars usw. verpacken. — Da die Konditoreibesitzer streng an der Meisterlehre festhalten und sie die jüngeren Gehilfen selbst erst 3-4 Jahre bei Familienanschluss unter ihren Fittichen gehabt haben, so wäre das nur ein Beweis dafür, daß die Herren Konditoreibesitzer sich sehr wenig um Erzieher für junge Menschen eienen. Die beste Begründung für die Notwendigkeit einer höheren Entlohnung gab aber vor dem Schlichtungsausschuß der Inhaber einer größeren Konditorei, welcher da ausführt, daß, trotzdem er nur strenge Selbstkostenpreise kalkuliert und bei größerem und rechtzeitigem Einkauf immer noch günstiger kaufen kann wie der einzelne, die Selbstkosten für Beföstigung seines Personals, ohne Berechnung für Wohnungsmiete, Abnutzung der Wohnungseinrichtung, Bettwäsche usw. täglich 430 M. pro Kopf betrage. Der Schlichtungsausschuß hat den Lohn eines Küchenmädchens auf 3000 M. festgesetzt. Ist es so hoch, wenn man berechnet, daß sie sich davon beschäftigen, kleiden und

Wohnungsmiete zahlen, ebenfalls noch die Kosten für Fahrgehd und die anderen Lebensbedürfnisse aufbringen soll? Die Arbeitgeber verlangen aber auch die Preisgabe des Achtstundentages. So verlangte jetzt eine Konditorei durch Inkerat eine Verkäuferin. Der sich meldende Verkäuferin wurde erklärt, die Arbeitszeit sei von morgens 1/9 Uhr bis nachts 1/2 Uhr. Alle 14 Tage einen halben freien Tag, und dafür wurde neben freier Kost und Wohnung das fürstliche Gehalt von 800 M. pro Monat geboten. So wie in diesem Fall finden wir ähnliche Zustände in einer ganzen Reihe Konditoreibetriebe. Die Annung selbst läßt den guten Willen vermessen hier eingreifen. Die Konditoreibesitzer sind eben nur Freunde von hohen Preisen, die sie nehmen können, aber nicht von anständigen Löhnen, die gezahlt werden müßten. Das Konditorpersonal wird in einer Versammlung zu der neuen Provokation Stellung nehmen. Sollten die Arbeitgeber nicht bereit sein, eine Verständigung zu finden, so erwarten wir von dem konsumierenden Publikum, daß es dem niedergedrückten Konditorpersonal bei einem Kampf seine Sympathie nicht verlagern wird.

Streit im chemischen Großhandel.

Am 8. November fand im Reichstafel eine öffentliche Versammlung der kaufmännischen Angestellten des Chemischen Großhandels statt, in welcher Jungblut vom Zentralverband der Angestellten über die bisherigen Verhandlungen mit den Arbeitgebern und die Verhandlungen vor dem Demobilisationskommissar, auf Grund der Schiedsprüche vom 3. und 28. Oktober, berichtete. Der Referent wies darauf hin, daß nach den bisherigen Verhandlungen die Arbeitgeber unter Führung von Dr. Engel eine tarifliche Regelung im Chemischen Großhandel ablehnen. Die Arbeitgeber „begründen“ im wesentlichen ihre Haltung mit der Verschiedenartigkeit der Betriebe, vergessen dabei aber zu erwähnen, daß trotz dieser sogenannten Verschiedenartigkeit in fast allen Firmen gerade in den letzten Monaten auf Grund der Dollarschwärzung ganz erhebliche Sondergewinne erzielt wurden. Die Gehaltsverhältnisse in einzelnen Firmen sind geradezu skandalös. Auf Grund der bisherigen, genügend bekannten Praxis des Demobilisationskommissars kann auf eine Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche nicht gerechnet werden. Es kommt also nur noch das letzte gewerkschaftliche Mittel, der Kampf in Frage, wenn die Arbeitgeber es nicht vorziehen, sich noch in letzter Minute zu Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages bereit zu erklären.

Bemerkenswert ist dabei, daß die Arbeitgeber des Chemischen Großhandels ausgerechnet in ihrer Branche eine tarifliche Regelung für die Angestellten als eine glatte Unmöglichkeit halten. Die Tatsachen beweisen das Gegenteil. Die in der Versammlung anwesenden Vertreter der Hirsch-Duncker'schen (H.D.) und christlich-nationalen (C.N.) Angestelltenorganisationen gaben die offiziellen Erklärungen ihrer Verbände ab, daß diese bereit seien, die Bewegung der Angestellten bis zum Streit zu unterstützen.

Es findet jetzt in den Betrieben eine Urabstimmung über den Streit statt. In einer erweiterten Versammlung am 20. d. M. soll dann endgültig Beschluß gefaßt werden. Bei der erheblichen Anzahl von Angestellten, die für diese Branche in Frage kommen, halten wir es für sehr zweckmäßig, wenn sich das Reichsarbeitsministerium mit dieser Angelegenheit eingehend beschäftigt, bevor es tatsächlich zu einem Streit kommen sollte. In Frage kommt der Drogen-, Chemikalien-, pharmazeutische, kosmetische, Spezialitäten-, Mineralöl- und Fett-, sowie Bad- und Farben-Großhandel.

Achtung, Metallarbeiter! Am Montag abend 6 1/2 Uhr findet in den Soppentälern (großer Saal), Sophienstr. 17-18, eine Versammlung sämtlicher Metallarbeiter der Richtung Amsterdam statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Erscheinen aller dringend notwendig. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. Betriebssekretariat B.E.D., J. A. Holz, Reinhardt.

Freie Lehrergewerkschaft. Heute, 7 1/2 Uhr, Vortrag von Dr. Magnus Hirschfeld über: „Die Bedeutung der Sexualwissenschaft für die Pädagogik“ im Hörsaal des Instituts für Sexualwissenschaft, In den Selten 10a. Vorher von 6 Uhr an Führung durch das Institut. Bezahlungsbeitrag 3. Gilt, besonders Elternbesuche, sind willkommen.

Wirtschaft

Häute, Leder, Schuhe.

Der Tanz der Spekulation um den Dollar ist auch auf den Häute-, Leder- und Schuhmarkt nicht ohne Einfluß geblieben. Daß die Preise mit der Steigerung des Dollarkurses in die Höhe gingen, ist eine Selbstverständlichkeit. Viel wesentlicher ist aber, daß der Umfang des Geschäfts in ganz bedeutendem Maße von dieser Dollarschwärzung beeinflusst wird. Die Warenbesitzer hielten, soweit es ihr Betrieb erlaubt, das, was sie haben, zurück, in der Erwartung, später höhere Preise dafür erzielen zu können. Wenn gerade von kapitalistischer Seite immer wieder hervorgehoben wird, daß durch die Geldentwertung auch die Einnahmen des Kaufmanns entwertet werden, so ist eigentlich diese Zurückhaltung eine logische Konsequenz, denn was die Warenbesitzer im Augenblick für die Einnahmen wieder anschaffen können, wissen sie. Was sie später dafür bekommen werden, darüber sind sie doch völlig im unklaren. Logisch wäre eigentlich bei der heutigen Marktlage, umzusehen, was man umsetzen kann, um sich, soweit es überhaupt möglich ist, von den Schwankungen des Devisenmarktes zu emanzipieren. Wenn die Warenbesitzer das nicht tun, so liegt der Grund darin, daß sie wissen, das Sinken der Kaufkraft der Mark folgt nicht im gleichen Tempo dem Sinken des Kurses. Auf der anderen Seite müssen sich auch die Warebegehrenden eine gewisse Zurückhaltung auferlegen. Die der Geldentwertung entsprechenden Betriebsmittel fließen ihnen nicht in dem Maße zu, wie es der Geldentwertung entsprechen würde, und mit dem Kredit ist es auch sehr schlecht bestellt. Die Banken haben ja mehrfach schon erklärt, daß sie nicht in der Lage sind, im vollen Maße die Kreditbedürfnisse des Wirtschaftslbens zu befriedigen, woher sollten sie sonst auch das Geld zu Börsenspekulationen nehmen. Dort läßt sich eben mehr verdienen als bei der Versorgung der Wirtschaft mit Betriebskapital. Es kommt ferner hinzu, daß gerade in Häuten und Leder die Ware knapp zu werden beginnt. Ein großer Teil unseres Häute- und Lederbedarfs kommt

aus dem Auslande. Daß wir uns bei dem heutigen Devisenstande in dem Bezug ausländischer Ware Zurückhaltung auferlegen müssen, bedarf doch kaum eines Beweises. Die Septembereinnahmen des deutschen Außenhandels, die vor einigen Tagen herausgekommen sind, zeigen denn auch deutlich ein Abnehmen der Einfuhr ausländischer Häute und Leder, und die Oktobereinnahmen, die wahrscheinlich in den ersten Tagen des Dezember veröffentlicht werden, werden weitere rückläufige Ziffern aufweisen. Der inländische Häutemarkt leidet auch an einer gewissen Knappheit an Waren, da bei dem Rückgang des Fleischkonsums die Schlachtungen nachgelassen haben und im Zusammenhang damit der Häuteanfall geringer geworden ist. Bemerkenswert ist, daß die Lederfabrikanten ihre Fabrikate völlig dem Dollarkurs anpassen, obwohl sie ihre Häute zu einer Zeit gekauft haben, als der Dollar noch weit unter 1000 stand und auch die Gerbmittel, die ebenfalls aus dem Auslande kommen, sich beschaffen lange vor der durch den Rathenau-Wort angefangenen Dollarkrise. Sie erklären, wenn man ihnen dies vorhält, daß sie natürlich dem heutigen Dollarkurs entsprechende Preise für ihre Waren nehmen müssen, da sie ja mit den Einnahmen auch dem heutigen Dollarkurs entsprechend ihre Materialien und Rohstoffe bezahlen müssen. Sie verheimlichen aber dabei, daß sie kaum nach dem Einkauf, soweit es die Mittel zuließe, schon wieder neue Devisen für den neuen Einkauf beschaffen. Zwischen dem Geben der Felle und dem Termin, an dem die Haut als gebrauchsfertiges Leder auf den Markt kommt, liegen ungefähr 6 bis 9 Monate.

Wenn die Warenknappheit in Häuten und Leder sich nicht so bemerkbar macht wie in normalen Zeiten, so liegt das daran, daß der Konsum an Lederwaren ganz erheblich zurückgegangen ist. Der Rückgang wäre noch größer gewesen, wenn viele Einzelhandelsgeschäfte nicht mit reichen Vorräten versorgt gewesen wären und diese Vorräte nicht zu verhältnismäßig noch billigen Preisen an das Publikum abgegeben würden. Sie tun das nicht etwa um der schönen Augen der Konsumenten wegen, sondern weil sie ihr Geschäft in Gang halten müssen und wissen, daß die große Masse des Publikums die Preise, die sie nehmen müßten, wenn sie den Wiederbeschaffungspreis zugrunde legen würden, nicht zahlen kann. Immerhin kostet heute ein paar Rindbor- oder Rofschoreau-Damenstiefel 5000-7000 M., ein Paar Vogelf-Damenstiefel 5500-7800 M., ein Rindbor-Herrenstiefel 5000-5000 M., ein Vogelf-Herrenstiefel 5500-7000 M., Rindbor-Kinderstiefel Größe 27-30 2800-3500 M., Rindbor-Mädchenstiefel Größe 31-35 3200-4200 M. und der Rindbor-Burcheinstiefel 4600-6000 M. Da der Konsum letzten Endes die treibende Kraft im Häute- und Leder-geschäft ist und viele Schuhfabriken infolge des nachlassenden Geschäfts zum großen Teil Arbeiterentlassungen, teils Arbeitsreduzierungen vorgenommen haben, war das Geschäft an den Häute- und Ledermärkten trotz regen Begehrs sehr gering. Bezahlt wurde für Rindhäute pro Pfund 482-746 M., für Kalbshäute pro Stück 5500-18 000 M., Kalbsfelle pro Pfund 748-751 M. und Wollschaf-felle pro Pfund 291-354 M.

Die Verteuerung des Kleinwohnungsbaues.

Für eine Wohnung von 70 Quadratmeter Wohnfläche bestien sich nach den Ermittlungen der Zeitschrift „Soziale Bauwirtschaft“ die Baustoffpreise in Deutschland Anfang Oktober wie folgt:

Baustoffe	1. Juli 1914	1. Oktober 1922
Mauersteine	700,- M.	259 121,57 M.
Zement	60,-	16 468,70
Stäbenstahl	78,-	28 287 06
Gips	12,50	8 792,52
Dachsteine	243,80	78 862,02
Kobrgewebe	28,50	4 001,-
Rauhholz	284,-	170 000,-
Fußboden	152,50	75 460,-
Rinf	55,50	25 755,78
Glas	84,-	21 063,-
Summa	1 668,50 M.	672 406,60 M.

Zu den seither in Rechnung gestellten hauptsächlichsten Bau-stoffen, ist in der obigen Liste das Glas hinzugekommen. Die Preissteigerung des Glases betrug seit dem 1. Juli 1914 das 280-fache. Die Preise der hauptsächlichsten Baustoffe für eine Wohnung sind also von 1668,50 M. am 1. Juli 1914 auf 672 406,60 M. am 1. Oktober 1922 gestiegen. Wird der Preis vom 1. Juli 1914 gleich 100 gesetzt, dann ist hier eine Preissteigerung von rund 40 800 eingetreten. Die Baustoffe sind also seit 1914 um das 408-fache und innerhalb eines Monats wieder um fast die Hälfte gestiegen. Durch die rapide weiter fortgeschrittene Verteuerung sind die obigen, für Anfang Oktober berechneten Zahlen natürlich längst überholt.

Kohlenförderung in Deutsch-Oberschlesien. Der Oktoberausweis der Kohlengruben Deutsch-Oberschlesiens zeigt eine erfreuliche Vermehrung der Kohlenförderung. Schon im September war eine wesentliche Besserung gegenüber dem Monat August zu verzeichnen. Es sind an 28 Arbeitstagen 812 863 Tonnen Steinkohle gefördert worden (im September 788 810 Tonnen). Das macht arbeitsmäßig 31 284 Tonnen (im September 30 339 Tonnen).

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtliche Notierungen nachzutragen: 100 österr. Kronen 9,67 Geld, 9,73 Brief; 1 tschechische Krone 232,41 Geld, 233,59 Brief; 1 ungarische Krone 3,09 Geld, 3,11 Brief; 1 bulgarischer Lema 51,87 Geld, 52,13 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 118,70 Geld, 119,30 Brief.

Bei Hautausschlag, Beinschäden (Kramladern)

ist San-Rat Dr. Strahls Haussalbe

seit 100 Jahren ein mildes u. wirks. Mittel. — Orig.-Dose 85 u. 155 M.

Elefantent-Apotheke, Berlin SW

Leipzig Straße 74 am Dönhofsplatz. Fernsprecher: Zentrum 7192.

Verantwortlich für den rebbelt. Zell: Victor Giffel, Berlin; für Anzeigen: Ed. Glaser, Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärtts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Faust-Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu eine Beilage und „Jugend-Vorwärts“.

WENESTI RUND

FEINE MILDE CONSUM-ZIGARETTE

MIT UND OHNE GOLD!

Beschwerden	<h1 style="margin: 0;">Das unzufriedene Berlin</h1>	Vorschläge
-------------	---	------------

Berlin ist immer unzufrieden gewesen und wird immer unzufrieden sein. Das kritische Gefühl seiner Einwohner ist eben, wie das des Weltbürgers überhaupt, sehr empfindlich eingestellt. Es reagiert bereits auf kleine, scheinbar belanglose Dinge, die den Bewohner einer Provinzstadt noch kalt lassen und deren Unbequemlichkeiten er sozusagen lächelnd in den Kauf nimmt. Das soll natürlich nicht in die verurteilte Röhre ausarten, wobei man unter einem Röhrling etwa den Menschen versteht, dessen hervorstechendste Charaktereigenschaft die Unzufriedenheit ist. Solchen Röhrlingen entspringt kein Vorschlag, der imstande wäre, irgend etwas zu bessern. Eine vernünftige Kritik hält sich im Rahmen des zurzeit Möglichen, braucht aber noch nicht das vollkommene in reiner Gestalt zu fordern. Es ist selbstverständlich, daß der „Vorwärts“, wenn er „das unzufriedene Berlin“ mehr als bisher zu Wort kommen lassen will, aus dem ihm zugehenden Kopfschmerzmaterial nur das auswählen kann, was sich in den Grenzen des Erfüllbaren hält. Man kritisiere also nicht den Mond vom Himmel herunter und denke vor allem, daß wir in einer sehr aufgeregten Wandlungen reichem Zeit leben, die für das „Alles wie um Schnürchen“ nicht gerade günstig scheint. Durchaus faule Dinge im letzten Leben der Weltstadt sollen, soweit es der Raum erlaubt, ans Licht gezogen werden, die kleinen Schönheitsfehler wollen wir in kurzen Sätzen unter die Lupe nehmen.

Auf den Kartoffel-Anfuhrbahnhöfen.

Rüpelhaftes Händlertreiben gegen Kleinkäufer.
 Laufende sind jetzt dabei, sich mit Winterkartoffeln einzudecken, und in diesen Fällen sind es Frauen, die diese wichtige und zugleich dringende Aufgabe des Kartoffelkaufs übernehmen müssen. Einkauf vom nächsten Kleinhändler ist häufig nicht möglich, weil dieser nicht immer die geforderte Menge zur Verfügung hat. Man wandert daher zu den Anlieferungsbahnhöfen und hofft dort, an der Quelle, die gewüschte Menge und etwas billiger einkaufen zu können. Schon der Versuch dazu auf den Bahnhöfen wird zum Martyrium. Unter den höhnischen Bemerkungen der unzähligen Händler, die unerschämter und flegelehafter werden, je ärmtlicher und unscheinbarer die Kartoffelkäufer aussehen, versucht man einen verkaufswilligen Großhändler zu finden, und man hat Glück, wenn man mit heißen Knochen wieder außerhalb des Bahnhofs anlangt. Kürzlich ereignete sich auf dem Nordbahnhof, Bernauer Straße, der kaum glaubhafte Fall, daß ein Kartoffelgroßhändler seinem Käufer laut zurief, in die vor einem Wagon Kartoffeln stehenden Leute einfach hineinzufahren. Dieser Herr forderte seinen Käufer laut auf: „Fahre doch die alten Fäden und Weiber einfach über den Hausen!“ — In dieser Weise sprechen diese Profitbarone von den Leuten, die im schweren Kampf ums tägliche Leben das für den Einkauf der Winterkartoffeln erforderliche Geld zusammenarbeiten. Es ist nur bedauerlich, daß häufig Anwesende der arbeitenden Bevölkerung jede noch so höhnische Bemerkung eines profitierenden Händlers als guten Witz belächeln, statt ernstlich dagegen zu protestieren oder zumindest es denen nicht erschweren, die als ihr gutes Recht gegen die Willkür derartiger Volkstreue polizeilichen Schutz nachsuchen. Es ist nicht einzusehen, warum die arbeitende Bevölkerung diesen sich um ihren Profit geschädigt fühlenden Aufkäufern das Rückrad stärken soll, deren Interesse einzig und allein einem hohen Gewinn, nie aber dem Wohl des Konsumenten gilt. Man wirft die Frage auf, warum an solchen Orten, zu der in Frage kommenden Verkaufszeit, wo größere Menschenansammlungen zum Zwecke des Kartoffelkaufs stattfinden, nicht für polizeiliche Aufsicht gesorgt wird, die dem Publikum, insbesondere den Frauen, den erforderlichen Schutz gewährt. Es ist hohe Zeit, die ohnehin erregte Bevölkerung vor derartigen rohen Gewalttaten der Kartoffelhändler zu schützen und sie nicht noch mehr zu verärgern und demütigen. Die Behörde wird, wenn weitere Erregung und durch grobe Rücksichtslosigkeit größere Unfälle vermieden werden sollen, im Interesse der Allgemeinheit da einmal nach dem Rechten sehen müssen.

Lebensgefährlich.

Rangieren auf dunklen Seitenstraßen.
 Schon seit einiger Zeit zeigt sich bei der Berliner Straßenbahn nur das eine Streben, die Tarifpreise höher zu schrauben, um die

Ausgaben einigermaßen decken zu können. Ich halte diese Politik für vollkommen verfehlt, da sie den Erfolg zeigt, den man schon seit längerer Zeit beobachten kann, daß viele Leute keine Strecken zu Fuß gehen oder billigere Verkehrsmittel benutzen. Unter der jetzigen Wirtschaftslage wird man die Berliner Straßenbahn überhaupt nicht mehr lebensfähig herstellen können. Nur die Herstellung gleisloser Wege dürfte es ermöglichen, ein einigermaßen brauchbares Verkehrsnetz wiederherzustellen. Bewiesen wird meine Behauptung schon dadurch, daß die Berliner Straßenbahn jetzt selbst zu Zeiten des größten Verkehrs fast alle Linien ohne Anhänger laufen läßt. Diese Anhängerwagen stehen in den Werkstätten nutzlos herum, stellen ungeheure Werte dar, die nicht veräußert werden, also auf das Verlustkonto gebucht werden müssen. Hin und wieder sieht man ja trotzdem noch einmal einen Anhänger im Verkehr, der mitten auf der Linie an einen Motorwagen angehängt und dann bis zur Endstation mitgenommen, von dort umgekehrt und meistens mitten auf der Linie wieder abgesetzt wird. Diese Absetzung geschieht folgendermaßen: der den Anhängerwagen ziehende Motorwagen wird an der Abzweigungsstelle abgekuppelt und fährt davon, während der Anhängerwagen mitten auf dem Gleis stehen bleibt; in den Abendstunden natürlich ohne Beleuchtung. Der folgende Straßenbahnzug fährt sich hinter den Anhängerwagen und stößt diesen mit erheblicher Geschwindigkeit in die Seitenstraße hinein, worauf er selbst seine Tour fortsetzt. Ist dieser Vorgang schon zur Tageszeit als Skandalös zu bezeichnen, da er eine Gefahr für Leib und Leben von Personen sowie spielender Kinder bedeutet, so kommt bei den Abendstunden noch hinzu, daß der Verkehrsstrom im allgemeinen hell beleuchtet ist, dagegen die Seitenstraße, in die der Wagen abgestoßen wird, fast immer im Dunkeln liegt. Welche Gefahren hier dem Publikum drohen, insbesondere wenn man an einen Kriegsbeschädigten usw. denkt, der den Wagen entweder nicht hören oder sehen oder ihm infolge Beinverletzungen nicht so schnell ausweichen kann, liegt auf der Hand. Um besonderen ist hier gedacht an die Zustände auf der Abzweigungsstraße Haupt. Die Wäldchenstraße in Schöneberg hier kann man diesen Vorgang bei Tag und bei Nacht beobachten. Manchem Passant konnte sich nur im letzten Augenblick durch einen Hochsprung retten.

Geringe Zeugengebühren.

Wiederholt wird die Bevölkerung darauf hingewiesen, Anzeigen bei gemeinen Verbrechen, Wucher usw. bei der Polizei zu erstatten. Nach der letzten Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige erhält der Zeuge aber noch heute für die Zeiterfüllung bis 15 M. pro Stunde und der Sachverständige bis 20 M. pro Stunde, bei besonders schwierigen Leistungen bis 30 M. pro Stunde, pro Stunde. Welcher Zeuge oder Sachverständige wird bei diesen Gebühren wirkliches Interesse an Anzeigen bzw. an gewissenhafter Ausarbeitung von Gutachten haben? Kann man doch täuschend vor der Berechnungsstelle für Zeugen- und Sachverständigengebühren die Worte hören „es soll das letztmal gewesen sein, daß ich eine Anzeige erstattet habe“, oder „einmal war ich Zeuge“, bzw. „einmal war ich als Sachverständiger tätig“ usw. In der heutigen Zeit kann doch niemand Zeuge oder Sachverständiger sein, wenn er noch Geld zuleihen muß, oder es sei, daß er selbst ein berechtigtes Interesse am Ausgang der Angelegenheit haben muß!

Gelürter Schwimmballenbetrieb.

Es handelt sich um die städtische Badeanstalt Turmstraße Moabit, also einen Stadtteil Berlins, der große Teile der Berliner Arbeiter- und Angestelltenklasse beherbergt. Das Schwimmbassin genannter Badeanstalt bleibt auch nach der Schließung der übrigen städtischen Schwimmbäder in diesem Winter geöffnet. Es ist aber leider die Badezeit nur bis 6 Uhr nachmittags, also so unangenehm frühzeitig, daß alle die Arbeiter und Angestellten, die im Winterhalbjahr bei späterem Arbeitsbeginn entsprechend später schließen, von der Offenhaltung nicht profitieren können. Mit Rücksicht auf diesen Umstand und die schon erwähnte Schließung der übrigen Schwimmbäder wäre es wohl angezeigt, auch in der Moabiter Badeanstalt die in den anderen Anstalten schon von je geltende Badezeit bis 7 Uhr bei späterer Öffnung am Morgen einzuführen.

Erspart die Zuckerkarten-Druckkosten.

Der „Vorwärts“ brachte kürzlich die Notiz über die neue Zuckerkarte, wozu ich folgendes bemerken möchte: Ist es denn nötig, daß

für die Druckkosten zirka 80 Millionen Mark ausgegeben werden? Es befindet sich doch an jeder Brotkarte der Abschnitt A für Sonderzuweisungen, die bis jetzt noch nicht zur Ausgabe gelangt. Dieser Abschnitt A könnte doch sehr gut für die Zuckerverteilung Verwendung finden. Wozu also durch diese Unkosten den Zucker für die große Masse der Arbeiter und Angestellten unnötig verteuern? Wie ich gehört habe, soll der Zucker auf Karten im Kleinhandel 90 Mark pro Pfund kosten. Personen, die infolge ihrer hohen Einkommens Brotkarten nicht erhalten, sind ja schließlich auch in der Lage, den teureren Auslandszucker zu kaufen. Gerade diese Bevölkerungsschicht ist ja stets imstande, Lebensmittel usw. in großen Mengen einzukaufen, während die Arbeiter und Angestellten eine Teuerungszulage erst dann erhalten, wenn sie wieder wertlos geworden ist.

Herr Amtsrichter!

In der Verhandlung des Schöffengerichts eines Berliner Amtsgerichts in einem Vorort ereignete sich vor einigen Tagen folgendes: Amtsrichter: „Angeklagter, was ist Ihr Beruf?“ — Angeklagter: „Bergmann.“ — Amtsrichter: „Na, und was verdienen Sie da?“ — Angeklagter: „8000—10000 M. in der Woche.“ — Amtsrichter, erregt und sarkastisch aufspringend: „Aber, das ist ja unerhört! Wie kann ein Mensch soviel verdienen!“ Dazu wäre wohl folgendes zu bemerken:

Wir kommt es eigentlich, Herr Amtsrichter, daß Sie sich als Angehöriger der objektivsten Behörde der Welt in offener Gerichtsverhandlung über das Einkommen eines Mitbürgers entrüsten? Haben Sie ein Recht dazu? Tun Sie das, wenn Sie es durchaus nicht lassen können, an Ihrem deutschen Stamme. Aber verlieren Sie gefälligst nicht in der Öffentlichkeit die Balance. Im übrigen, Herr Amtsrichter, steht es Ihnen jederzeit frei, auch Bergarbeiter zu werden. Ihre deutschpöhlische Muskulatur wird Sie zweifellos dazu befähigen, und Sie würden sich dort vermutlich sehr wohl fühlen, denn ehemalige Offiziere, Akademiker und Lehrer arbeiten bereits in Bergwerken und es ist sehr zu bezweifeln, daß diese Herren, die doch aus Ihrer Klasse stammen, mit Ihrem Urteil, daß der Bergarbeiter zu viel bekommt, übereinstimmen würden. Und wie ist uns denn, Herr Amtsrichter? Sind Sie nicht Staatsbeamter? Festangestellt auf Lebenszeit? Pensionsberechtigt über den Tod hinaus? Oder nicht? Bis heute haben wir nichts davon gehört, daß ein Bergarbeiter auf Lebenszeit angestellt und pensionsberechtigt ist.

Und schließlich, Herr Amtsrichter, und das dürfte doch wohl der Umstand sein, der am meisten zu überlegen wäre, wenn es Ihnen auch schwer fällt: Ohne den Bergmann — und im übrigen auch ohne den Landarbeiter — könnten Sie nicht im wohlgeheizten Amtszimmer und im Wohnzimmer sitzen und sich dem Studium Ihrer Akten hingeben. Dem Arbeitswillen des Bergarbeiters und seiner tatsächlichen Arbeit verdanken Sie überhaupt Ihre Existenz wie im übrigen wir alle. Dafür ist aber auch der Bergarbeiter von der Minute an, wo er auf die Förderstufe tritt, bis zu dem Augenblick, wo er sie verläßt, jede Sekunde von Todesgefahr bedroht. Seine Arbeit ist also gewissermaßen ständiger Dienst im vorersteren Schützengraben. Die Statistik weist aus, daß jährlich Hunderte von Bergarbeitern zu Tode kommen, Tausende schweren Schaden an Leib und Seele erleiden.

Die Statistik hat aber bisher noch nicht ausgewiesen, daß jährlich Hunderte von Amtsrichtern bei ihrer Arbeit zu Tode kommen.

Unser Geldlohn. Die unter dieser Überschrift in Nr. 522 des „Vorwärts“ vom 10. November veröffentlichte Haushaltsrechnung gibt nicht etwa den Verbrauch im Monat Oktober wieder, sondern nur die Ausgaben, die in diesem Monate von der betreffenden Familie geleistet wurden. Es versteht sich von selbst, daß Kartoffeln und Äpfel Vorratskäufe für den Winter sind. Auch einige andere Nahrungsmittel, die im letzten Teil des Monats gekauft wurden, werden erst im November endgültig verbraucht. Im übrigen handelt es sich nicht etwa um einen „Kornhaushalt“, der Maßstab für die Lebensführung sein soll. Jeder Haushalt wird anders bewirtschaftet. Es handelte sich lediglich darum, auf Grund eines praktischen Beispiels, das sich ganz zufällig darbietet, den Unterschied zwischen Papiermark, Goldmark und Friedensmark aufzuzeigen.

Im Botanischen Garten in Dahlem sind die Blutzellen während der Wintermonate an Wochentagen von 8 bis 4, an Sonntagen von 10 bis 4 Uhr.

Die Welt ohne Sünde.

Der Roman einer Minute von Vicki Baum.
 „Parole!“ sagte eine ruhige, tiefe Mädchenstimme.
 „Die Welt ohne Sünde!“
 Ein Licht glühte auf. Ein Menschengesicht, klein wie ein Vogelkopschen, sprang aus der Finsternis und blinzelte. „Willkommen“, sagte die tiefe Stimme. Es war Cornel, die Kameradin. Ein kleiner elektrischer Scheinwerfer schnitt sie aus der Dunkelheit, wie sie dastand, mit ihrer kleinen Person, den spitzen Kopf verknüpft spähend und eine Hand auf einen Hebel gelegt, der massig aus der Wand ragte.
 „Große Ehre!“ rief sie. „Majestät selbst, wie der gute Verward zu sagen pflegt. Mach' dir's Legueme in meinem Salon, Bäterchen. So. Eine freundliche Ueberraschung. Und nun kann ich ja auch meine heroische Pose aufgeben.“ Sie lachte kurz und ließ den Hebel los. „Linde“, sagte sie gleich darauf viel weicher, „kommst du zu uns herunter?“
 „Wie geht es, Cornel? Du bist nicht abgehört worden?“ fragte Anselmus.
 „Nein. Der Schlingel Johannes ist nicht zu diesem hübschen Rendezvous gekommen. Er — es — ist ihm — nichts geschehen?“ fragte sie; es war ihr ganzer Reiz, dieses Wechseln von sprödem Scherz zur Weichheit. Alle liebten die kleine Kameradin.
 „Es ist ihm etwas geschehen“, sagte Anselmus und suchte einen Augenblick lang die Einsamkeit hinter seinen Händen. „Hast du achthundvierzig Stunden lang nicht geschlafen?“ fragte er gleich darauf.
 „Ungefähr, Bäterchen. Aber es geht mir gut. Es geht mir herrlich. Ich nehme an, daß in historischen Zeiten die Könige so gelebt haben, wie ich hier lebe. Ich bewache einen Schah, ich lagere auf Bergen von Proviant, und wenn ich nur mit einer Hand, nur ein klein wenig, auf diesen Hebel drücke, geschehen weltbewegende Dinge. Komm, Anselm, setze dich, hier, so. Du siehst ermüdet aus. Und — Linde — möchtest du die festliche Illumination einstellen? Ich habe mit diesem Bärrieschen Patent hier traurige Erfahrungen gemacht. Es kriecht den ganzen Sauerstoff auf, und ein Almatischer Kurort ist hier von Natur aus nicht. Fazit: Der Zünder brannte schamlos heiß und ich wäre beinahe erstickt.“
 „Ja.“

Linde verfluchte das Licht, das Anselmus sonderbar kraftlos in den Händen hielt. Dann nahm sie die Blätter von ihrer Brust und gab sie Cornel. Die kleine Kameradin nahm sie mit einer scheuen und feierlichen Geberde entgegen und hielt sie einen Augenblick wägend in der Hand. „Fertig?“ fragte sie. Aber Anselmus antwortete nur mit einem Wegwerfen seiner schlafenden Hände. Cornel barg die Blätter in der Kassette, die sie für einen Augenblick an das Licht des winzigen Reflektors brachte. Sie warf einen spähenden und fragenden Blick von Anselmus, der wie schlafend auf einer Präsche saß, zu Linde, die mit einer schwachen Regung ihrer Hände antwortete.
 „Nun, Bäterchen“, sagte Cornel. „Wir werden jetzt, zur Feier dieses großen Augenblickes — o, Anselmus, und wie groß ist er in Wahrheit — ein Fest veranstalten. Das Fest dauert fünf Minuten, denn länger darf ich meine kleine Batterie nicht anstrengen. Du, Bäterchen, wirst erstens trinken, zweitens essen, drittens schlafen. Das ist das Programm des Festes. Nimm“, sagte sie und streichelte über seine Wangen. Ihre Hand war das einzige, das weiblich an ihr schien. Von ihr nahm Anselmus ohne Widerspruch Brot und Tee. Die beiden sahen ihm gerührt beinahe zu. Aber in ihm war die Scham der Hungernden und der Raubtiere, sich essend zu zeigen, und er wendete sich zur Wand. Es war mit der Nahrung etwas Kindliches in sein Wesen gekommen, das sich gleich in den vier Frauenaugen zu spiegeln begann. Linde sah die scheue Wendung seiner Schultern und drehte den Reflektor ab. Dunkelheit fiel wie ein dickes, schwarzes Tuch.
 „Jetzt wird eine Viertelstunde geschlafen“, sagte Cornel streng. „Wir sind sonst beide zu gar nichts wert, wenn wir hinaufkommen.“
 „Ich will nicht“, murmelte Anselmus wehrend; aber er drehte schon in Traumkreisen hin, Sättigung rann warm in seinen Gliedern. Lindes Hände kamen im Dunkel zu ihm und zogen sanft seinen Kopf in ihren Schoß. Er verankert tief und unendlich schnell. Noch bevor er in der Tiefe des Schlafes angekommen war, wachte ihn Schein. Die kleine blaue Flamme war knallend aufgeschlagen. „Eine Viertelstunde ist vorbei“, sagte Cornel, die eine Uhr in den Schimmer hielt. „Komm, Bäterchen, wir wollen uns fertigmachen und dieses Dorado verlassen. Ueberrinnmt Linde denn die Wache?“
 „Ja.“

„Linde, was haben sie aus dir gemacht?“ fragte Cornel spöttisch-zärtlich. „Deine Hand und dieser Hebel: eine unpassende Zusammenstellung. Weißt du die Parole? Weißt du die Pflicht? Hier ist der Hebel. So wird er gehandhabt — nein — nicht anrühren, jetzt! Dringt jemand ohne die Parole hier ein, jemand von den Feinden, dann ist Befehl, den Hebel zu drücken.“
 „Und dann?“
 „Und dann?“ sagte Cornel, und ihr kleines, spitzes Gesicht lachte seltsam. „Das Komitee hat Stillschweigen bewahrt über die folgenden Geschehnisse. Und derjenige, der den Befehl ausführt, wird vermutlich von dem Nachher nicht viel erfahren. Es handelt sich darum, sich selbst mit dem Beck, mit dem allen Schriften und Protokollen, die hier unten gesichert sind, und mit allem, was darüber liegt — ich nehme an, die Regierungsgebäude — in die Luft zu sprengen. Das also ist dein Amt, Linde, wenn es zum äußersten geht. Verstehst du es?“
 „Ja“, sagte Linde; ihre Rippen waren trocken und weit geöffnet. Anselmus schaute sie an, etwas unbegreiflich. „Laudendes geschah ihm in seinem Herzen.“
 „Es ist nur eine Geste“, murmelte er.
 „Wie beliebt, Majestät?“ fragte Cornel.
 „Es ist nur eine Geste. Du mußt sie nicht tun, Linde“, wiederholte Anselmus leise und nachdrücklich.
 „Sagst du das, Anselmus?“ fragte Cornel, und ein wunderliches, ungläubiges Lächeln kam in ihr Gesicht. „Der Befehl ist von dir; übrigens, ja, es ist vielleicht nur eine Geste. Aber eine wunderbare, Bäterchen, eine wunderbare. Sieh — ich lege die Hand auf den Hebel und habe hier, in meinem Willen, ja und nein, Leben und Vernichten. Und dann dies: ich sprengte mich selbst in die Luft, das ist es. Was haben wir alles gesprengt, Bäterchen, aber wie? Wie Feiglinge. Wie Gassenbuben. Was hat Bärries für Herendings gemischt, was für Maschinen haben wir in die Häuler getragen, an welchen Stricken und Linten sind wir gehängt, und an elektrischen Drähten, Kilometerlang und weit weg von dem was geschah. Eine prachtvolle Geste aber ist es: sich selbst in die Luft zu sprengen, mit allem, an das wir glauben. Aber wir schweben nur“, fügte sie später hinzu, nach einer Pause, in der ihre Augen ohne Licht wurden.
 „Wie weit ist es oben, Anselmus?“ (Fortsetzung folgt.)